



Vierteljährlicher Abonnementsv. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonem. 60 Pf.,
außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer
kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 361. Morgen-Ausgabe.

Siebzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 25. Mai 1889.

Die Verhütung von Streiks.

In der gegenwärtigen Arbeiterbewegung hat man vielfach Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß Vieles geschehen könnte, um dem Ausbruch von Arbeitseinstellungen vorzubeugen. Streng genommen ist jeder Strike vermeidlich, weil jeder ein Ausfluß menschlichen Irrthums ist. Der Zustand, der sich nach Beendigung des Strike mit Nothwendigkeit einstellt, hätte ebenso gut schon vor dem Ausbruch desselben hergestellt werden können, wenn man sich auf beiden Seiten davon überzeugt hätte, wie die Sachen eigentlich liegen. Die eine oder die andere Partei hatte ihre Ansprüche zu hoch gestellt; nicht selten sind auch beide Parteien im Unrecht gewesen. Die eine hat zu viel gefordert, die andere zu wenig bewilligt, und zuletzt hat von beiden Seiten ein Entgegenkommen stattgefunden, bis man sich auf halbem Wege traf. Auf jeden Fall hätten die Verabredungen, so wie sie getroffen worden sind, getroffen werden können, ehe das Unglück einer Arbeitseinstellung eintrat, die Leiden für beide Seiten schafft.

Der Irrthum ist nicht immer die alleinige Ursache des eintretenden Mißverständnisses; es kommt noch ein anderer Factor hinzu: die Empfindlichkeit, die Verletzung der Gefühle. Eine Partei fühlt es sehr wohl, daß sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen wird, daß sie genöthigt sein wird, Nachgiebigkeit zu üben; indessen eine Verletzung ihres Ehrgefühls hindert sie, diese Nachgiebigkeit sofort auszuüben. Sie glaubt, die Lichtigkeit ihrer Charakteranlage beweisen zu müssen, indem sie sich freiwillig einem Leiden unterzieht, von dem sie voraussetzt, daß es ganz ohne Erfolg wird getragen werden müssen. In der Geschichte der Arbeitseinstellungen finden sich Beispiele, in denen ein einziges unwürdiges gesprochenes Wort langwierige Calamitäten erzeugt hat, die vermieden worden wären, wenn jenes Wort nicht gefallen wäre.

Eine der nothwendigsten Voraussetzungen des socialen Friedens ist die, daß die Arbeitgeber sich daran gewöhnen, die Arbeiterschaft als einen ihnen gleichberechtigten Factor anzuerkennen. Die Einen sind reich und die Andern sind arm; das schließt aber nicht aus, daß sie vor dem Gesetze einander gleich sind. Während der Arbeit selbst ist der Arbeiter dem Arbeitsherrn Gehorsam schuldig, soweit es der Zweck der Arbeit mit sich bringt. Bei Abschluß des Arbeitsvertrages aber stehen sie einander als Gleichberechtigte gegenüber; der einzelne Arbeiter ist selbstverständlich dem reichen Fabrikherrn gegenüber ohnmächtig. Wenn aber die Arbeiter sich vereinigen und durch einige Deputirte, die sie erwählen, mit dem Arbeitgeber verhandeln, so steht Macht der Macht gegenüber, und die eine Macht muß die andere anerkennen. Daß die Arbeiter solche Vereinigungen bilden, ist ihr gutes Recht, und nebenher entspricht es auch der Natur der Sache. Wenn einzelne Fabrikherren sich noch auf den „patriarchalischen Standpunkt“ stellen, daß sie begehren, mit jedem Arbeiter einzeln zu unterhandeln, und daß sie von Arbeiterverbänden und Gewerkschaften schlechthin Nichts hören wollen, so ist das ein gänzlich veralteter Standpunkt, der gegenüber der modernen Entwicklung der Industrie nicht aufrecht erhalten werden kann. Es mag im einzelnen Falle einem Arbeitgeber un bequem sein, seine Arbeiterschaft als eine organisierte, corporativ gestaltete Masse sich gegenüber zu haben; auf die Dauer wird er die Erfahrung machen, daß mit einer solchen Organisation besser zu unterhandeln ist, als wenn er unberechenbaren, plötzlichen Einfällen der Arbeiter gegenübersteht.

Der Strike in Westfalen war nicht organisiert, war nicht einmal vorbereitet. Es scheint den Vergleuten jeder corporative Zusammenhalt gefehlt zu haben, und die Grubenbesitzer scheinen verhindert zu haben, daß eine solche Organisation sich bildete. Trotzdem hat die Arbeitsausstellung einen Umfang angenommen, wie das selten der Fall gewesen ist. Man ersieht daraus, daß die Niederhaltung von Coalitionen nicht gleichbedeutend ist mit der Niederhaltung von Arbeitseinstellungen, daß vielmehr, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind, sich das Streben nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen kräftig und insinuitiv entwickelt.

Wir sind ganz besonders erfreut darüber, daß der Kaiser in der Antwort, die er den Deputirten der Grubenverwaltungen gegeben hat, nachdrücklich sein Bedauern betont hat, daß die Bergwerksbesitzer sich nicht mit den Arbeitern besser in Fühlung erhalten haben. Sie haben den Sturm, der heraufzog, schon Monate vorher sich entwickeln sehen, haben aber geglaubt, klug zu sein, indem sie demselben keine Beachtung schenkten, sondern ruhig Zeit Verhandlungen angeknüpft, so würden sie allerdings schon mehrere Monate früher das Opfer erhöhter Lohnzahlungen haben bringen müssen, aber sie hätten die Calamität eines völligen Abbruchs der Arbeit vermieden und hätten wohl auch Gelegenheit gefunden, die Arbeiter von der Unbilligkeit einiger ihrer Forderungen zu überzeugen.

Vor allen Dingen bedarf es aber bei solcher Gelegenheit einer Mittelsperson, eines Schiedsmanns, der völlig untheilhaft dasteht, beiden Parteien das gleiche Wohlwollen entgegenbringt und mit beiden auf gleichem Fuße verhandelt. Ein eigentliches Schiedsgericht, dessen Regelung der Arbeitsbedingungen kann immer nur durch einen freien Vertrag erfolgen. Aber eine Vermittelung ist nothwendig. Man darf nicht abwarten, daß eine Partei der anderen ihre Vorschläge macht, sondern es muß sich ein Untheilhaftiger finden, der einen Vertragentwurf ausarbeitet, der beiden Theilen gleich annehmbar ist. Aus der Hand des Gegners nimmt man einen neuen Vorschlag immer mit Mißtrauen entgegen; aus der Hand eines Untheilhaftigen können ihn beide mit Vertrauen entgegen nehmen. Das ist der Unterschied. Und dazu kommt, daß auf dem Wege, der durch die Hand eines Mittelsmannes geht, manches böse Wort unterdrückt werden kann, welches eine nachhaltige Verstimmung erzeugen würde.

Seit einer Reihe von Jahren hat die Regierung die ganze Aufmerksamkeit, welche sie der Socialgesetzgebung widmet, auf die Behandlung der Kassenangelegenheiten concentrirt; sie hat die Arbeiterschutzgesetzgebung vernachlässigt und hat die Einführung von Schiedsgerichten vernachlässigt. Die Bewegung, welche jetzt entstanden ist, möge ihr zum Anlasse dienen, Versäumtes nachzuholen. Den guten Willen der Regierung erkennen wir gern an; sie hat sich bemüht, Gerechtigkeit walten zu lassen. Vielleicht entschließt sie sich aber auch,

zu denjenigen Reformen zu greifen, die aus der Mitte des Reichstages längst angeregt sind.

Deutschland.

○ Berlin, 23. Mai. [Crispi.] Der Besuch einer Vertretung des deutschen Reichstages bei Crispi hat alte Beziehungen aufgerichtet, welche seit Jahrzehnten zwischen Crispi und deutschen Volksvertretern, insbesondere der liberalen Parteien bestehen. Zwischen Führern der italienischen Nationalpartei und denen der nationalen Parteien in Deutschland herrschen freundschaftliche Verbindungen schon seit den Tagen, da Garibaldi durch Crispi bewogen wurde, seinen Zug nach Sicilien vorzubereiten. Man schmachtete in Deutschland ebenso wie in Italien unter dem Fluche der nationalen Zerissenheit, und man verfolgte mit aufmerksamer Augen alle Mittel, welche jenseits der Alpen gewählt wurden, um das berechtigte Sehnen des Volkes zu erfüllen. Damals bereits knüpften sich enge Bande zwischen Crispi, dem stellvertretenden Generalschiffes Garibaldi, und Männern, wie Schulze-Delitzsch und Bennigsen. Diese Freundschaft hat sich dann besonders im Jahre 1870 bewährt, als im Einverständnis mit der Regierung die Abgeordneten Lasker, Bennigsen und Genossen sich vertraulich an Crispi wendeten, um denselben zu einer parlamentarischen Action gegen eine Theilnahme Italiens am Kriege zu veranlassen. Diese Action erfolgte bekanntlich und hatte die Wirkung, daß Italien nicht über die Alpen Napoleon zu Hilfe zog, sondern vielmehr seine Truppen durch die Porta Pia nach der Siebenhügelstadt schickte. Später, als Crispi Kammerpräsident geworden und im Begriffe stand, die Leitung des Ministeriums zu übernehmen, machte er die bekannte Reise nach Berlin, wo er wiederum von den hervorragenden Abgeordneten bei einem großen Festbankett im Hotel de Rome gefeiert wurde. Uebriglich war Herr v. Bennigsen, damals Präsident des Abgeordnetenhauses, in Rom aufgenommen worden. Bei dem Festmahl zu Ehren Crispi's gab dieser Staatsmann seine warme Begeisterung für Deutschland und für deutsche Kultur kund und hielt jene vielberufene Rede, in welcher er die Italiener als die „Sachsen der lateinischen Race“ bezeichnete. In der Sprache Schillers und Goethes wie in derjenigen Dante's und Tasso's wurde schon damals die Verbrüderung beider Nationen in zahlreichen Trinksprüchen gefeiert. Inzwischen ist diese Verbrüderung zur Thatfache geworden. Wenige Staatsmänner haben so viel zu ihrer Befestigung beigetragen wie Francesco Crispi. Wenige haben ein gleiches Verständnis für die Nationalitätsidee an den Tag gelegt, wie dieser feurige Sicilianer. Es ist kein Zufall, sondern eine logische Nothwendigkeit, daß die engen persönlichen Beziehungen zu Crispi gerade durch liberale Abgeordnete vermittelt wurden. Denn die nationale Idee ist an sich eine liberale. Sie wird von den Vertretern des historischen Rechts, welche sich conservativ nennen, immer als revolutionär bekämpft werden. Aber so abfällig auch die conservativen Partei über den Liberalismus an sich urtheilen möge, jede Größe des Charakters imponirt und jede in sich geschlossene Persönlichkeit löst Achtung ein. Crispi wird im Schmuck des Schwarzen Adler-Ordens auch den Mitgliedern der Rechten ein willkommener Gast sein. Eine seltene Erscheinung wird er immer bleiben. Denn so weit man in die Vergangenheit zurückblickt, giebt es nicht viele Demokraten, welche mit dem höchsten Orden ihrer Länder geschmückt und überdies mit den höchsten Ehren von dem conservativsten Militärsaate überschüttet wurden.

[König Humbert in Berlin.] Ueber die Vorgänge nach Beendigung der Parade berichtet die „Nat.-Ztg.“:

Um 2 1/2 Uhr begaben sich der Kaiser und der König Humbert, der Prinz von Neapel und Prinz Albrecht ohne weitere Begleitung nach der Friedenskirche, wo der König von Italien am Serge Kaiser Friedrichs einen prachtvollen Kranz niederlegte. Eine zahlreiche Menge, die schon von früherer Mittagsstunde an hier ausgeharrt hatte, empfing die hohen Herrschaften Angesichts der weisevollen Stätte mit ehrfurchtsvollem Grusse. Es lag ein tiefes Empfinden darin, daß geräuschvollere Demonstrationen kaum andeutungsweise versucht wurden. Von der Friedenskirche aus fuhren die hohen Herrschaften nach Schloß Friedrikskron, Charlottenhof, dem neuen Orangeriegebäude, durch den Neuen Garten am Marmorpalais vorüber nach dem Offizierscasino des Garde-Husaren-Regiments, wo dieselben etwa eine Viertelstunde verweilten. Sodann begaben sie sich nach der Matrosenfeste und traten von dort aus mit der Kaiserin mittels des Dampfers „Alexandra“, welcher die italienische Königsflagge geißt hatte, um 4 Uhr 20 Min. die Rückfahrt über die Havelseen nach Charlottenburg an. Der kaiserliche Dampfer war während der ganzen Fahrt von einer zahlreichen Flottille von Booten begleitet, die sämmtlich feierlich geißt hatten. Soweit es irgend möglich, waren die Ufer von dichten Menschenmengen besetzt, am Eingang vom Wannsee hatte der dortige Seglerclub seine Boote aufgezo gen und begrüßte den vorüberfahrenden Dampfer mit Böllerschüssen. In Spandau boten die Ufer einen besonders feierlichen Anblick. Die Stadtbehörden, die Schulen, die Kriegervereine, die Gewerke hatten sich aufgestellt, Musikcapellen liehen die italienische Königshymne und das „Heil Dir im Siegerkranz“ erklingen, der langsam vorübergleitende Dampfer, auf dessen Verdeck die hohen Herrschaften standen, wurde unaufrichtig von dem Jubel der Bevölkerung begleitet, die mit Kind und Kegel sich eingefunden zu haben schien. Bis nach Charlottenburg setzten sich diese Ovationen fort, und wurden dort nach der erfolgten Landung mit verdoppelter Energie aufgenommen.

Ueber das Diner beim italienischen Botschafter wird berichtet:

Der Vertreter König Humberts am hiesigen Hofe und dessen Gemahlin, Graf und Gräfin de Launay, hatten an ihren Souverain die Bitte ergeben lassen, ihnen während seines Besuches am Berliner Hofe die Ehre zu erweisen, einmal bei ihnen das Diner einzunehmen. Der König hatte zu Donnerstag Abend zugesagt. Die an sich schon herrlichen Räume der in der Wilhelmstr. 66 gelegenen Wohnung des Botschafterpaares waren zu dem Besuche des hohen Gastes überaus prachtvoll decorirt. Gegen 7 1/2 Uhr wurde die Anfahrt des Königs mit dem Prinzen von Neapel gemeldet, und Graf de Launay beeilte sich, seinen König unten an der Treppe zu begrüßen und ihn zwischen einer prachtvollen Orangerie hindurch in die obere Etage zu geleiten, aus welcher die Gräfin dem Könige entgegenkam. Letzterer reichte der Dame des Hauses den Arm und betrat mit ihr zwischen dem spaltbildenden Heer von reich galonirten Dienern hindurch die hell erleuchteten, weit geöffneten Empfangsräume. Zur Einnahme des Diners war der gelbe Ballsaal gewählt, welcher sich auf dem, dem Speisesaal gegenüberliegenden Flügel befindet. Prachtig war die Tafel anzuschauen. In der Mitte erhob sich ein mächtiger Tafel-Aufsatz aus Meißner Porzellan, an den sich nach beiden Seiten vielmarmige Kandelaber und Jardiniere aus derselben edlen Masse anreihen. Das weiße Linnen der Tafel war guirlandentartig mit Blumen und Blättern belegt, aus denen sich große Palmen und reich gefüllte Blumenkörbe erhoben. Dazwischen funkelte in geschliffenen Karaffen das rothe Nebenblut feurigen heimathlichen Weines, abwechselnd mit goldgelbem Traubensaft vom Rhein. In den Kerkerglanz auf der Tafel mischte sich das Licht eines riesigen Kronleuchters, dessen Strahlen sich in den die Wände beleuchtenden acht großen

Spiegeln hundertfach vervielfältigten. An dem Spiegel dem Sitze des Königs gegenüber prangte ein aus Blumen in den italienischen Farben gefertigtes mächtiges U. Dem Könige und seinem Sohne wurde auf Gold servirt; aus dem gleichen Metall waren auch Löffel, Messer und Gabeln. Die Servietten zeigten in Roth die Initialen des Hausherrn mit der gräflichen Krone. Der Plaf des Königs befand sich vor dem großen Tafel-aufsatz; zu seiner Rechten saß die Gräfin Launay, zur Linken Graf Herbert Bismarck, dessen Tischnachbar der italienische Ministerpräsident Crispi war. An derselben Seite speisten noch der bei dem Könige zum Ehrendienst commandirte General der Cavallerie von Heubud, der portugiesische Gesandte Marquis de Penafiel, der Commandeur Generalabdukt Graf von Schlieffen, der Commandeur des Regiments der Gardes du Corps, Oberstleutnant Freiherr von Biffing, der Vice-Gouverneur des Prinzen Victor Emanuel, Oberst Ofio, Flügeladjutant Major von Bülow, Mittelmeister von Hendorff und Herren aus dem Königl. Gefolge und von der Botschaft. Dem Könige gegenüber saß Graf de Launay zwischen dem Prinzen von Neapel und dem ehemaligen deutschen Botschafter in Rom, Baron von Keudell. Die Nachbarn des Prinzen waren der Botschafter Graf Solms und Generalabdukt von Bersen, neben Herrn von Keudell saß der sächsische Gesandte Graf Hohenthal.

Berliner Blättern entnehmen wir noch folgende Notizen:
Die Brunktafel der italienischen Colonie fand gestern im Hotel de Magdebourg statt; viele Italiener, die nur beiläufig hier verweilten, nahmen daran Theil. Von Mitarbeitern italienischer Blätter erschienen die Herren Bastello vom „Capitan Fracassa“, Mengarini vom „Fanfulla“, Barzilai von der „Tribuna“, Nicolini von der „Gazzetta Piemontese“, Costabel vom „Diritto“; auch die maßländischen Blätter „Secolo“ und „Lombardia“ waren vertreten, ebenso die italienische Botschaft durch mehrere Beamte. Auf das Wohl König Humberts und Kaiser Wilhelm's wurden zahlreiche Toaste ausgebracht.

Von dem italienischen Polizeidienst, der zur Zeit hier eingerichtet sein soll, erzählt eine Localcorrespondenz Näheres. Vierzehn Polizeibeamte aus Rom sollen sich während der Anwesenheit König Humberts hier aufhalten; es seien zwei Räte, mehrere Inspectoren und sechs Unterbeamte, welche alle etwas deutsch verstehen und in verschiedenen Hotels unter unauffälligen Titeln abgetheilt sind. Die Beamten wurden durch eine besondere Note der italienischen Botschaft bei dem königlichen Polizeipräsidium beglaubigt. Diese geheime Schutzmannschaft begleitet den König überall, theilweise zu Wagen. Herr Crispi, der bekanntlich auch Minister des Innern ist, empfängt jeden Morgen den Chef dieser Polizei zur Berichterstattung.

Seit Mittwoch weilt ein bekannter römischer Photograph in Berlin, welchen König Humbert beauftragt hat, die Einzugsströme in allen ihren Theilen zu photographiren. Wie verlautet, handelt es sich bei diesen Aufnahmen um ein Geschenk, welches der König seiner Gemahlin zu machen gedenkt.

Ueber Vorgänge in dem Spandauer Stadtverordneten-Collegium fand eine sehr bemerkenswerthe Verhandlung am Donnerstag vor dem Berliner Landgericht II statt. Der Stadtverordnete Drechslermeister Karl Wilhelm Kirstein war wegen Beleidigung des Stadtsecretärs Beyer vom Spandauer Schöffengericht zu 50 Mark Geldstrafe oder fünf Tagen Gefängniß verurtheilt worden und hatte dagegen — vertreten durch Rechtsanwalt Meybauer — Berufung eingelegt. Der Beurtheilung lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Der Bürgermeister von Spandau hatte im vorigen Jahre dem Stadtsecretär Beyer den Auftrag gegeben, eine Vorlage für eine anderweitige Regelung des Personen-Meldebewens auszubereiten. Der Stadtsecretär hatte diesen Auftrag erfüllt, der Magistrat hatte die neue Vorlage acceptirt und beim Stadtverordneten-Collegium die für die Ausführung der Neuerung erforderliche Summe von 1400 M. beantragt. In der Sitzung vom 11. October, in welcher über diesen Gegenstand berathen wurde, stellte Stadtverordneter Kirstein folgende Anfrage: „Ich möchte einmal fragen, ob die jungen Leute, welche von der beantragten Summe befolbet werden sollen, dazu bestimmt sind, den Stadtsecretär Beyer zu entlasten. In diesem Falle würde ich nicht für Bewilligung der Summe stimmen, denn der Stadtsecretär Beyer thut seine Schuldigkeit nicht. Er thut mindestens 100 Stunden Dienst im Jahre zu wenig. Nachmittags um 3 1/2 Uhr kommt er in seinem Schnuckengange und sieht sich groß um, als wollte er sagen: „Ihr habt mir gar nichts zu befehlen!“ Die Leute sagen: „Dort kommt der Herr Vicebürgermeister!“ So was muß man sich als Stadtverordneter gefallen lassen!“ Da der Angeklagte diesen Sachverhalt nicht bestritt und der Stadtsecretär Beyer in der ersten Instanz selbst zugestanden hatte, daß er die Dienststunden nicht streng inne halte, gestaltete sich die Verhandlung in der Berufungsinstanz sehr einfach, weil sie sich nur um die Frage drehte, ob der Angeklagte in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter berechtigt war, an der Thätigkeit eines städtischen Beamten in dieser Form Kritik zu üben. Der Gerichtshof fällt nach kurzer Berathung folgendes Urtheil: „Dem Angeklagten steht der Schutz der §§ 182 und 193 zur Seite. Der Beamte hat selbst zugestanden, daß er die Dienststunden nicht pünktlich inne halte. Der Angeklagte durfte dies rügen, denn er war Stadtverordneter und hatte als solcher das Recht, die Pflächterfüllung eines städtischen Beamten zu kritisiren. Wenn er aber von „Schnuckengang“ und „Vicebürgermeister“ sprach, so legte er damit die Absicht an den Tag, über die berechtigte Kritik hinaus seinem Grolle Luft zu machen, den Beamten vor der Bürgerschaft lächerlich zu machen, und ihn öffentlich als faulen und trägen Menschen darzustellen. Die Beleidigung ist aber nicht so schwer, daß sie mit 50 Mark gefühnt werden muß. Zwanzig Mark sind vom Gerichtshofe für ausreichend erkannt worden. Mit dieser Abänderung war die Berufung zu verwerfen.“

[Ein sehr interessanter Rechtsfall] gelangte in der letzten Sitzung des 9. Civilsenats des Kammergerichts zur Verhandlung. Am 10. October 1887 um 6 Uhr Abends wurde hier nämlich der Töpfermeister Werkmeister am Fuße einer Kellertreppe in dem Hause Wöddernstraße 70 bewußtlos aufgefunden und starb bald darauf in Folge des bei dem Sturz erlittenen Schädelbruchs. Die Witwe und die Kinder des Verunglückten klagten hierauf gegen den Besitzer des Hauses, Commissarius Schwerin und den Vicewirth desselben, Baumeister Scholz, auf Entschädigung in Höhe von 14- bis 16 000 M. unter der Ausführung, daß die Genannten damals weder für genügende Sicherheit durch Verwahrung der Kellertreppe, noch für genügende Beleuchtung der Treppe bei Eintritt der Dunkelheit gesorgt hätten. Sie seien daher der Familie des Verstorbenen für den derselben erwachsenen Schaden, da sie ihn verschuldet, verantwortlich, und zwar um so mehr, als sie den § 367 Nr. 12 des Strafgesetzbuchs übertreten hätten. — Die Beklagten beantragten Abweisung der Klage; der Vicewirth unter dem Hinweis, daß er gar nicht in dem betreffenden Hause wohne, die Verwaltung vielmehr dem Scholz übergeben habe und deshalb für die mangelnde Beleuchtung nicht verantwortlich sei, Scholz dagegen unter der Ausführung, daß er allerdings Verwalter des qu. Hauses sei, aber für die mangelnde Beleuchtung auch nicht verantwortlich gemacht werden könne, da er die Sorge für die Beleuchtung speciell einem gewissen Schulte übertragen habe. Das Landgericht erkannte hierauf auf Abweisung der Klage unter folgender Ausführung: „Unstreitig war in diesem Falle nicht der Besitzer, sondern der Vicewirth für die Beleuchtung haftbar. Andererseits aber war aus § 367 Nr. 12 des St.-G.-B., wonach derjenige bestraft wird, welcher in Häusern Keller, Gruben, Deckungen u. s. w. dergestalt unverwahrt läßt, daß daraus Gefahr für Andere entsteht, nicht ohne Weiteres der Vicewirth haftbar zu machen, denn die in dieser Bestimmung ausgesprochene Verwahrungspflicht trifft zunächst den Eigentümer oder Kunzieher der Sache. Nun hat aber der Vicewirth ergeben, daß bei genügender Helligkeit eine Gefahr, die betr. Kellertreppe hinabzuführen, nicht vorhanden, also auch die Voraussetzung des § 367 in Bezug auf den Vicewirth nicht gegeben war, und damit fällt die Klage gegen Letzteren. Scholz aber als Verwalter des Hauses hatte wieder mit dem p. Schulte schriftlichen Vertrag über die Beleuchtung des Hauses geschlossen, ist also auch nicht verantwortlich. — Das Kammer-

gangen; gleichzeitig hat sich der bisher boulangistische „Clair“, ein recht verbreitetes Journal, und — was noch viel bedenklicher ist — das Hauptorgan der Patriotenliga, der „Clairon“, mit großer Entschiedenheit gegen Boulanger, den Dupiren der Reactionäre und Clericalen, erklärt und die weitere Befolgung demselben verweigert.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 24. Mai.

Eine beachtenswerthe Kundgebung zur Schulartzfrage bringt der bekannte Arzt und Gesundheitslehrer Dr. Fr. Doranblüth zu Krosow in dem „Jahrbuch für Kinderheilkunde“. (Der Verfasser war vom Vorstande der „Pädiatrischen Gesellschaft“ zu einem Berichte über die Schulfrage aufgefordert, konnte aber der Naturforscherversammlung zu Köln, wofür die Ausarbeitung bestimmt war, nicht beiwohnen und hat deshalb seine Ansichten nimmere schriftlich niedergelegt.) D. erklärt aus dem Gebiete der Schulgesundheitspflege eine große Anzahl von Punkten für abgefeuert. Dahin gehören namentlich die gesunde Lage, gute Bauart, Lüftung und Heizung, Beleuchtung, Sorge für Reinigung, Reinlichkeit, Ausschluß von Hitze und Kälte, zweckmäßige Sitz-, Ortswechsel in den Pausen des Unterrichts, geeignetes Schreib- und Lehrmaterial, Vermeidung zu früher Anspannung, Einrichtung von Turnräumen, womöglich auch Spielplätzen und Bäd-Anstalten. Wenn auch nicht schon jetzt überall diese anerkannten Forderungen völlige Durchführung erfahren konnten, so besteht doch nirgends mehr ein Zweifel an ihrer Berechtigung. Schul- und Privatärzte haben daher Gelegenheit genug, durch Aufmerksamkeit und Rathschläge die Durchführung möglichst gewordener Verbesserungen anzuregen und zu erleichtern. In solchen Rathschlägen liegt die wesentlichste Aufgabe des Schularztes, der durch freiwillig angehörte Beurtheiler nur unvollkommen ersetzt werden kann. Hierin wird die Einrichtung auch am wenigsten Widerspruch finden. Alles Uebrige dagegen, was eifrige Gesundheitspfleger für die Schulärzte gefordert haben, wie z. B. zwingende Gewalt des schulärztlichen Nachwortes zur Abstellung von Mißständen, Beaufsichtigung der persönlichen Gesundheit der Schulkinder nebst Verabreichung und Behandlung — das sind Verlangen, welche mit Recht den lebhaftesten Widerspruch der Schulmänner und Schul-Verwaltungen nachgerufen haben. Viel weiter als die angeordnete, berechtigte Thätigkeit der Schulärzte geht aber die Aufgabe der Kinder- und Hausärzte in der hygienischen Ueberwachung. Selbst wo nach französischem und belgischem Muster den Schulärzten die Beobachtung des persönlichen Wohlergehens des einzelnen Kindes ausdrücklich übertragen ist, kann das aus offen liegenden Gründen nur höchst mangelhaft geschehen. Dagegen ist der in der Familie des Kindes wirkende Arzt, namentlich der auch in gewissen Tagen von Zeit zu Zeit besuchende Hausarzt, in sehr weiter Ausdehnung in der Lage, Gutes zu wirken. Er hat „zu oberst die Thatsache im Auge zu behalten, daß die Schule die Kinder nicht gesund erhalten kann, wenn sie ihr nicht vom Hause gesund und leistungsfähig überliefert und an seinem Theile zu erhalten werden“. In dieser Beziehung erörtert der Verfasser eingehend, daß Kinder erst nach erlangter körperlicher und geistiger entsprechender Reife zur Schule geschickt werden sollen (wobei gerade der Rath des Hausarztes sehr werthvoll ist); daß Kinder der Vorschulen, also ganz junge Kinder beim Auftreten der bekannten ansteckenden Kinderkrankheiten zu Hause behalten werden müssen, weil diese Krankheiten für die späteren Kinderjahre weniger gefährlich sind; wie besondere Schwächen auch besondere Schonung, Benachrichtigung der Lehrer bedürfen und wie namentlich das gesammte häusliche Leben, vom rechtzeitigen Aufstehen und zweckmäßiger Verpflegung vor dem Schulbesuch bis zum Zubettgehen und der vernünftigen Regelung des Schlafes (in nicht zu warmen Betten und luftreichen Zimmern), der sorgfältigen Erziehung bedarf. Schularbeiten, Musik, Unterhaltungslesen und Vergnügungen fallen alle zu gewissem Grade in den Bereich der Thätigkeit des Hausarztes. Besonders sei hier nach einem Resumé der „Egl. R.“ noch hervorgehoben, daß D. aus eigener vielfacher Erfahrung und unter Befähigung durch bedeutende Muster den Musikunterricht auch bei Begabten im Allgemeinen nicht vor dem 14., frühestens nach

vollen dem 12. Lebensjahre zu beginnen rath, weil dadurch bessere Fortschritte verbürgt werden!

• Dem Provinzial-Raths-Comité, welches sich am 4. April 1888 und demnächst nochmals unterm 9. August v. J. mit einem Aufruf an die Bewohner der Provinz Schlesien wandte und um Beiträge zur Unterstützung der durch die umfangreichen Ueberfluthungen Geschädigten unseres Vaterlandes, bezw. der heimathlichen Provinz hat, sind im Ganzen 348 001,76 M. durch die Landes-Hauptkasse von Schlesien als Sammelstelle zugeflossen. Davon wurden insgesamt 338 519 M. Unterstühtungen verteilt, so daß ein Bestand von 9482,76 M. verblieben ist, welchem noch die Zinsen für die jährl. Anleihe eines Theils der Sammelgebühren zutreten. Das genannte Comité, welchem die Herren Herzog von Ratibor, Wirkl. Geheimrath und Oberpräsident von Seydewitz, Landeshauptmann von Kitzing, Oberbürgermeister Friedensburg und Stadtverordneter-Vorsteher Justizrath Freund angehören, hat am 20. d. Mts. im Ständehause hieselbst die Schlußfassung abgehalten. Nachdem in derselben über den Stand des Sammelfonds Bericht erstattet und die vorliegenden Unterstühtungsgesuche erledigt worden waren, beschloß man, den Restbetrag der gesammelten Gelder dem Provinzial-Verbande von Schlesien mit der Maßgabe zu überweisen, daß derselbe von den Organen des Provinzial-Verbandes nach den Bestimmungen des Reglements für den Provinzial-Collectenfonds vom 11. Januar 1878 verwendet und verwaltet werde, jedoch mit der Modification, daß dieser Fonds, und zwar sowohl seine Zinsen als das Capital, nicht bloß den Regierungsbezirken Breslau und Oppeln, sondern auch dem Regierungsbezirk Liegnitz, mithin also der ganzen Provinz Schlesien, zu Gute kommen soll.

• Auf dem Breslauer Maschinenmarkt am 6., 7. und 8. Juni werden, wie uns die Ausstellungs-Commission mittheilt, sehr zahlreich wieder die Gas-, Benzin- und Heißluft-Motoren vertreten sein. Gleichartige Exemplare derselben befinden sich auf der Deutschen Allgemeinen Ausstellung für Unfallverhütung in Berlin und finden eine ganz außerordentliche Anerkennung. Bekanntlich sind diese Motoren völlig feuerfester, lassen sich überall unterbringen und können zur Verdringung der verschiedensten Arbeit eingerichtet werden. Von Interesse sind ferner mehrere ausgestellte Neuerungen im Mühlen-Gewerbe. Die zur Herstellung der feinsten Mehle bisher verwendeten französischen Mühlen werden gegenwärtig durch Porzellan-Walzen ersetzt. Ferner werden Kugelmühlen ausgestellt, deren man sich zur möglichst feinen Zerfeinerung der harten Körper bedient. Auf diesen Kugeln- oder Kugelmühlsteinen werden Cement, Erze u. dergl. gemahlen. Diejenigen, welche Waagen und Wagen suchen, werden Beides in größter Auswahl finden. Was die letzteren anlangt, so war noch in keinem Jahre eine derartige Mannigfaltigkeit dargeboten. Luxus-Wagen, von den anpruchsvollsten bis zu den einfachsten Formen herab, sind in großer Zahl vertreten. Noch reichhaltiger ist die Auswahl in den gewerblichen Zwecken dienenden Wagen. Auch auf die Ausstellungs-transportablen Eisenbahnen ist wiederum aufmerksam zu machen. Von denselben wird bekanntlich weit häufiger bei gewerblichen Unternehmungen als in der Landwirtschaft Gebrauch gemacht. Ausgestellt werden außer Feld- und Forstbahnen Ziegelei-, Steinbruch-, Bergwerks-, Festungs- u. dgl. Eisenbahnen. Auch sollen die Wagen zur Beförderung von Kanonen nicht fehlen. Zu gedenken ist noch der mannigfachen Erzeugnisse der Kunstschlosserei und der Drahtschleiferei, sowie der zahlreichen, Gebrauchszwecken dienenden Gegenstände aus Kunststein. Daß alle Neuerungen aus dem Gebiete der Küche und Hauswirtschaft, wie stets, vollständig vertreten sein werden, versteht sich von selbst. Die Einräumung des Ausstellungsplatzes sowie die Eintheilung desselben ist bereits beendet und wird über der Ausstellung der Hallen u. nimmere gearbeitet.

— Personalien. Die königlichen Regierungsbaumeister Krüger und Paps sind dem Meliorations-Bau-Inspector von Münstermann zur Affizienz beigegeben.

— Deutsche Lutherstiftung. In Folge von Anfragen an die Leiter schlesischer höherer Unterrichtsanstalten hat sich die bei weitem größte Zahl derselben bereit erklärt, für die Schöpfung der deutschen Lutherstiftung Freischule oder andere Erleichterung zu gewähren. Der Vorstand des schlesischen Hauptvereins (Bureau: Lauenburgerstraße 24, Consistorium) vermittelt auf Ersuchen das Weitere. Diejenigen Anstalten, welche Freistellen u. gewähren, sind die höheren Mädchenschulen von M. Hausler-Breslau, A. v. Eberh-Breslau, J. Hoffmann-Breslau, G. Schott-Breslau, G. Schönfeld-Breslau, G. Scholz (früher Zimpel)-Breslau, G. Heinemann-Breslau, A. Walberg-Breslau, G. Richter-Breslau, G. Kettel (früher Rabemann)-Breslau. Zu diesen Anstalten treten noch die von Fr. S. Müller in Brieg, M. Hüner in Goldberg, D. May in Dels und S. Kern in Königshütte. Die genannten höheren Mädchenschulen gewähren eine oder mehrere Freistellen. Außer diesen bewilligen theils Stundung des Honorars, theils halbe Freischule, theils freie Krankenkasse, event. Freitische und jährliche Unterstühtungen, oder auch wieder mehrere ganze Freistellen die Lehrerinnen-Seminare von Dr. Risle-Breslau, Dr. Ragoczy-Liegnitz und Fr. Kettel-Breslau, sowie die Präparanden-Anstalten von Langner-Breslau, Herzog-Reichenbach D.-L., Scharlach-Dels, Stolzenburg-Sagan, Zeglins-Schmidberg. Insgesamt sind es 21 Anstalten, welche zusammen 38 Freistellen bezw. Unterstühtungen gewähren.

R. Extrazüge nach Camenz, Olsh, Langenau etc. Während die „Sonntags-Sonderzüge“ nach Freiburg u., Obernitz, Jöbitz und Bissa bereits verkehren, ist laut Mittheilung des Eisenbahn-Betriebsamtes der Zeitpunkt, zu welchem die diesjährigen Sonderzüge Breslau-Mittelwalde ihren Anfang nehmen sollen, noch nicht festgesetzt. Wie wir hören, ist es überhaupt fraglich, ob diese Züge wieder aufgenommen werden.

• Deutscher Realischulmänner-Verein. Die Abtheilung Berlin hält am Montag, 27. Mai cr., Abends 8 Uhr, eine Sitzung ab; auf der Tagesordnung derselben stehen: Bericht über die Delegirtenversammlung und Vortrag des Dr. Schwalbe: „Der sogenannte Schülerballast der höheren Schulen.“

• Festungsmanöver bei Küstrin. Aus Neubamm wird der „Frankf. Oberztg.“ berichtet: Gelegentlich des in Herbst dieses Jahres um Küstrin und dessen Forts stattfindenden Festungsmanövers wird, den bisherigen Bestimmungen zufolge, unsere Stadt vom Kaiser besucht werden. Am Montag und Dienstag dieser Woche waren zwei höhere Offiziere hier anwesend, um die nöthigen Placements auszuwählen und die vorläufigen Bestimmungen zu treffen. Die Dauer des Aufenthalts soll auf drei Tage berechnet sein. Der Kaiser wird in dem früher königlichen Hotel Quartier nehmen. Von hier aus soll das Hauptquartier nach Bärfelde verlegt werden, woselbst der Kaiser in dem Schlosse des Herrn v. Seydow für einen Tag Wohnung nehmen wird.

• Zu einer heute Vormittag stattgehabten Versammlung der städtischen Nachwachtmänner wurde über Schritte beraten, die zur Erzielung einer Aufbesserung der Bezüge derselben zu unternehmen wären. Der Anregung, zu diesem Zwecke einen „Strike“ in Scene zu setzen, wurde von der Versammlung keine Folge gegeben, da sich die Anwesenden correcter Weise ihres Beamtenverhältnisses zur Stadt erinnerten und es für gerathen hielten, ihre Wünsche unter Innehaltung des Instanzenganges der vorgelegten Behörde zu unterbreiten. Es wurde beschlossen, dem Nachwachts-Inspector eine Eingabe einzuhandigen, in welcher die Wünsche der Petenten zur Sprache gebracht werden sollen. — Im Breslauer Nachwachtswesen sind zur Zeit 183 Nachtmänner und 5 Reservewachtmänner beschäftigt.

• Kauf einer Apotheke. Apotheker Oswald Köpck aus der Provinz Posen hat die Apotheke in Myskowitz in Oberschlesien käuflich erworben.

— Von der Ober. Das Wasser der Ober ist in Folge der letzten, im Reifer Gebiet niedergegangenen Gewitterregen um 20 Ctmr. gewachsen. Die fiscalischen Strombauarbeiten sind bei dem günstigen Wasserstande in Angriff genommen. Der Schiffverkehr in Oberwasser ist ein reger, namentlich sind die Verladungen von Ziegeln, Holz und Kohlen lebhaft. Durch den anhaltenden Ostwind hat sich eine große Anzahl von leeren Fahrzeugen im Oberwasser, welche auf Westwind warten, angeammelt. Seit Morgens 3 Uhr wurden von der Heberei Krause und Nagel mehrere Kohlenhülle nach der Ziegelei Jäschkowitz bugirt.

• Hirschberg, 24. Mai. [Zur Lohnbewegung.] Den Zimmerleuten, die am Dienstag Abend eine Strike-Versammlung abhielten, sind Mittwoch Abend, wie wir bereits telegraphisch gemeldet haben, die Maurer gefolgt. Der „Bote a. d. Riesengeb.“ schreibt hierüber: Abends 7 1/2 Uhr fand im Saale „zum schwarzen Rog.“ hieselbst eine öffentliche Maurer-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand das Thema: Lohnfrage und Arbeitszeit. Nachdem die Maurer Wehber, Harche und Grabs in den Vorstand berufen waren, wurde beschlossen, nur für 25 Pfennige pro Stunde zu arbeiten, die Arbeitszeit während der Dauer von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends auf 10 Stunden festzusetzen und, wenn in dringenden Fällen Ueberstunden notwendig würden, die Ueberstunden mit 30 Pfennigen zu berechnen. Der Vorstand wurde beauftragt, den Meistern den Beschluß mitzutheilen. Sollten diese die gestellten Forderungen nicht erfüllen, so soll Montag, den 27. Mai cr., die Arbeit eingestellt werden. Ferner wurde beschlossen, zu versuchen, mit den Zimmerleuten gemeinsam vorzugehen.

• Spottan, 22. Mai. [Wahl.] Der Pfarrvicar Riebel in Malzmitz, welcher seit der schweren Erkrankung des verstorbenen Pastors Gramich das dortige Pfarramt verwaltete, ist zum Pastor in Kottwitz, Kreis Sagan, gewählt worden. Das aufs Neue verwaiste Pfarramt wird in Kürze besetzt werden. Der evangelische Gemeindefürsorge von Malzmitz wählte vorgestern zum Geistlichen der evangelischen Kirchgemeinde Malzmitz den Pastor Schönfeld aus Slogau. Diese Wahl bedarf der Bestätigung des Patronatsherrn, an welcher kaum zu zweifeln ist.

• Raumburg a. Bober, 23. Mai. [Neue Schule.] Die katholischen Schüler zu Raumburg a. B. und Christianstadt erhalten nächsten eine eigene Schule. Unter dem Vorsth des Landraths wurde vor einigen Tagen hier eine Sitzung abgehalten, in der von den Betheiligten entschieden wurde, daß die katholische Schule in Christianstadt errichtet wird. Dieselbe wird 32 Schüler zählen, von denen 21 in Christianstadt und 11 in Raumburg wohnhaft sind.

• Janer, 23. Mai. [Einführung. — Schulgeld.] Durch Bürgermeister Lindemann wurden heute Kaufmann Stephan und Buchbinder Guerde als unbesoldete Stadträte eingeführt. — Da sich der Staatszuschuß für jede Lehrkraft um 100 M. erhöht, also von 5000 M. auf 7300 M.

abeliger Abkunft war: am Christabend erfuhr Grillparzer die Zurücksetzung und unheilbar gekränkt befand er diese Beschöerung:

Man gab mir neuen Kummer,
Man gab mir neue Qual,
Die tief am Leben naget,
Das längst schon geht zu Thal.

Doch ist's der Lauf der Zeiten,
Ein Trost nur stellt sich dar:
Bin ich auch nichts geworden,
Ich blieb doch, der ich war.

Seltene Erinnerungen angefaßt eines Denkmals, das 110 000 Gulden gekostet hat! Ein kleiner Bruchtheil dieser Summe hätte genügt, den Dichter bei Lebzeiten sorgenfrei zu stellen und in die Lage zu versetzen, sich einen Hausstand zu gründen. Daß der edle Mann solche Prosa nicht gering schätzte, beweist der edle Gebrauch, den er von dem Ehrengelton machte, das ihm an seinem 80. Geburtstag Wiener Frauen zu Theil werden ließen. Er widmete die 20 000 Gulden einer Künstlerstiftung. Und auch die letztwilligen Verfügungen des Dichters selbst, wie die Testamente seiner treuen Lebensfreundinnen Fröhlich, sind durchaus zu Gunsten ähnlicher Förderung aufstrebender und bedrängter Dramatiker gedacht und verwirklicht worden. Eckart.

Zur Sprachreinigung.

Von dem Vorsitzenden des Breslauer Zweigvereins des allgemeinen deutschen Sprachvereins geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Erklärung zu:

„Dem in Folge der verschiedensten Anregungen ins Leben gerufenen allgemeinen deutschen Sprachverein ist zweimal die Ehre zu Theil geworden, in den „Preussischen Jahrbüchern“ einer nichts weniger als wohlwollenden Besprechung unterzogen zu werden. Die Erklärung der Jahrbücher vom 28. Februar 1889, die von Voraussetzungen ausgeht, welche den ganzen Angriff fast als einen Kampf gegen Windmühlen erscheinen lassen, war mindestens überflüssig und ist auch von dem Vorstande des allgemeinen deutschen Sprachvereins und vielen Zweigvereinen aufs Entschiedenste zurückgewiesen. Wenn der Breslauer Zweigverein auf die absprechende Beurtheilung nicht geantwortet, so geschah es nur, weil sachlich nichts mehr zu sagen war und weil es für Eingeweihte kaum zweifelhaft sein konnte, daß weniger der Sprachverein im Ganzen, als vielmehr vereinzelte Bestrebungen innerhalb desselben gemeint waren.

Ein in Heft 5 veröffentlichter Artikel der „Preussischen Jahrbücher“ beschäftigt sich nun abermals mit dem deutschen Sprachverein. Der neue Angriff, der von einem der Unterzeichner und Verfasser der oben erwähnten Erklärung, Herrn Otto Schröder, ausgeht und den Versuch

macht, einige mit Namen aufgeführte Mitglieder des Sprachvereins mit wickelnden und spöttlichen Bemerkungen „abzufertigen“, stellt manches klar, was in der Erklärung vom 28. Februar zu Mißdeutungen Anlaß geben mußte. (Hier folgt ein über eine bloß sachliche Erwiderung hinausgehender Satz. D. Red.)

Zu bedauern ist es, daß den Bestrebungen des allgemeinen deutschen Sprachvereins, dessen Endziel doch nur die Pflege und Veredlung unserer schönen herrlichen Mutter Sprache ist, durch derartige Angriffe ernstlich geschadet wird. Unter diesen Umständen glaubt der Breslauer Zweigverein der guten Sache einen Dienst zu leisten, wenn er das Wort nimmt, um den vom allgemeinen deutschen Sprachverein vertretenen Standpunkt im Folgenden noch einmal klar darzulegen:

1) Der allgemeine deutsche Sprachverein hält noch immer fest an § 1 seiner Satzungen, welcher lautet:

- a. „Die Reinigung der deutschen Sprache von unnötigen fremden Bestandtheilen zu fördern;
b. die Erhaltung und Wiederherstellung des echten Geistes und eigenthümlichen Wesens der deutschen Sprache zu pflegen, und
c. auf diese Weise das allgemeine nationale Bewußtsein im deutschen Volke zu kräftigen.“

2) Das am 8. December 1888 Herrn Minister v. Gofler übermittelte Gesuch sagt nichts von einem Wunsche, der „nach dem Muster der Rechtschreibung auch den Sprachgebrauch von oben geregelt sehen möchte“, sondern spricht nur die Bitte aus, der Herr Minister wolle „in einem Erlasse an die unterstehenden Schulbehörden des preussischen Staates auf die dargelegten Bestrebungen des allgemeinen deutschen Sprachvereins bestimmend hinweisen, die Erziehung der ethnischen Fremdwörter durch gute deutsche Ausdrücke empfehlen, sowie auch besonders die Lehrer des Deutschen anregen u. s. w.“

3) Die Behauptung, der Sprachverein erstrebe „Reichsprachämter und Reichsprachmeister“, bezieht sich, wie Herr D. Schröder zu verstehen giebt, auf den in Nr. 1 vom 3. Januar 1887 und Nr. 1 vom 2. Januar 1888 der Zeitschrift des allgemeinen deutschen Sprachvereins geäußerten Wunsch nach einer Reichsanstalt für die deutsche Sprache; aber dieser von einzelnen Mitgliedern ausgesprochene Wunsch ist doch gleich vom Vereine selbst ganz entschieden zurückgewiesen und die Verwirklichung desselben wird vom Vereine als solchem ganz gewiß nicht erstrebt. Im übrigen ist der fromme Wunsch nach einer Akademie, wie sie in Frankreich seit 1635 besteht, doch auch schon von Männern wie Leibniz, Herder u. a. ganz bestimmt ausgesprochen, also durchaus nicht neu.

4) Um den Standpunkt des allgemeinen deutschen Sprachvereins mit Bezug auf die Fremdwörter zu kennzeichnen, mag hier zum

Schluß noch ein Ausspruch W. Grimms stehen, der sagt: „Ich streite für die Freiheit der Sprache, die das Recht hat, sich fremder Wörter zu bedienen, sobald diese allein das vollständig auszudrücken vermögen, was man sagen will. Ihre unbedingte Ausscheidung würde nur die Macht und Gewalt der Sprache einengen und ihr eine pedantische Haltung aufdrängen. Gerade die Freiheit sichert gegen slavische Hingebung und sinnloses Abborgen. Hat es bisher den Schein gehabt, als wollte ich der Einmischung des Fremden das Wort reden, so ist doch gerade das Gegentheil meine Absicht; ich wollte nur nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Das rechte Geseß ist bald gefunden. Jeder fremde Ausdruck ist zu verwerfen, den wir reinlich und vollständig durch einen eigenen ersetzen können. Aber dieses einfache Geseß, wie wenige beachten es! — Alle Thore sperren man auf, um die ausländischen Geschöpfe herdenweise einzutreiben. Das Korn unserer edlen Sprache liegt in Spreu und Wust: wer die Schaufel hätte, um es über die Tenne zu werfen! — Wenn Geistesarme mit solchen erborgten Kapfen ihre Blöße bedecken wollen, so empfindet man nur Mitleiden, sie schaden nicht, aber wenn die, welche fähig sind, die Sprache, eines der edelsten Güter eines Volkes, auf eine würdige Weise zu gebrauchen, so reden, so wird man zornig. — Diesen traurigen Verfall mag stumpfe Gleichgültigkeit gegen den hohen Werth der Sprache, die ein Volk noch zusammenhält, wenn andere Stützen brechen, mangelndes Gefühl von ihrer inneren Kraft, mangelnde auch die Reingung vornehmer zu erscheinen, herbeigeführt haben. Gewohnheit und Trägheit halten die Anstie fest und lassen die Verderbnis immer weiter um sich greifen.“

Soweit die Erklärung des Breslauer Zweigvereins. Was sich über die bekannte Erklärung der Zweivundvierzig und die Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, nicht minder, was sich in Bezug auf den Ueberseifer einiger Sprachreinigungsfanatiker vom Standpunkte einer unbefangenen Würdigung der Sprachreinigungs-Bestrebungen sagen läßt, haben wir in den in Nr. 166 und 250 unres Blattes veröffentlichten längeren Artikeln gesagt, in welchen sowohl die Erklärung der Zweivundvierzig, als auch die Gegenerklärung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins abgedruckt war. In Nr. 166 haben wir zugleich einige bezeichnende Beispiele dafür angeführt, daß der Breslauer Zweigverein keineswegs sich in seinen Verhandlungen von jenem Sprachreinigungsübereifer frei gehalten hat, den er in der vorliegenden Erklärung so löblich von sich weist. Daß der Versuch, die an den preussischen Kultusminister, sowie an alle deutschen obersten Schulverwaltungen seitens des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins gerichtete Bitte um Beeinflussung der Schule im Sinne der Sprachreinigungsbestrebungen als verhältnismäßig harmlos hinzustellen, auf eitel Wortklauberi hinausläuft, darauf haben wir schon in Nr. 250 hingewiesen.

steigt, so wird Schulgeld in diesem Etatsjahre nur in den oberen Klassen der evang. und kath. Stadtschule erhoben werden und zwar nur in Beträgen von 6 M. und 3,60 M. Die evangelische Volksschule und die unteren Klassen der übrigen Stadtschulen sind völlig schulgeldfrei. Voraussetzlich erhalten diese Beschlässe der städtischen Behörden die Genehmigung des Regierungspräsidenten. Im nächsten Etatsjahre kommt für die einheimischen Kinder das Schulgeld an sämtlichen städtischen Elementarschulen vollständig in Wegfall. Durch Communalsteuer wird dann ein Betrag von 1790 M. aufzubringen sein, da das frühere Schulgeld den Staatszuschuß um diesen Betrag übersteigt.

s. Waldenburg, 23. Mai. [Lehrer-Amts-Jubiläum.] Der Hauptlehrer Palm in Weisstein, welcher im Jahre 1839 als Adjutant in Waldenburg eintrat und 1846 als Lehrer nach Weisstein berufen wurde, beging heute die Feier seines fünfzigjährigen Amtsjubiläums. Vormittags um 10 Uhr erschienen der königliche Kreis-Schulinspector Vigourour und der Local-Schulinspector Pastor Thebesius bei dem Jubilar und führten denselben, begleitet von den Gemeindeführern und einem Theil der Gemeinde, nach der evangelischen Kirche, in der Pastor Thebesius in beredten Worten der Bedeutung der Feierlichkeit Ausdruck gab und Superintendent Penzholz aus Gottesberg unter Handauflegung den Segen auf den Jubilar ertheilte. Nachdem hierauf der Jubilar in dem Schulzimmer von den Schülerinnen der ersten Mädchenklasse unter Ueberreichung eines Geschenkes beglückwünscht worden, wurde derselbe von den Dr. Collegen begrüßt, die ihm als Andenken an den Tag Schillers Werke in illustrierter Ausgabe widmeten. Die Jubelgäbe der Berufsgenossen des Kreises bestand aus einem Teppich. Der Schulvorstand beglückwünschte den Jubilar durch den Pastor Thebesius. Eine sehr werthvolle Jubelgäbe überreichte der Amtsvorsteher Krause Namens der Gemeinde dem Jubilar. Derselbe bestand in einer fein ausgestatteten Mappe mit der Zahl 50, in der in Goldfäden ein sechszehnjähriger Betrag der vorerwähnten Zahl enthalten war. Hervorzuheben ist, daß auch der königl. Kreis-Schulinspector Vigourour den Jubilar in längerer Ansprache begrüßte. Die Anerkennung für seine fünfzigjährige treue Dienstzeit wurde dem Jubilar durch ein Theil, daß ihm der Landrath v. Hieres unter Glückwünschen den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern überreichte. Der Gemeindevorstand in Weisstein hatte für Nachmittag ein Festessen in Aussicht genommen, hat aber das Project in Anbetracht der industriellen Situation fallen lassen. Dafür hat im Gasthause „zur Krone“ aus Rücksicht für die auswärtigen Festgenossen ein Mittagessen stattgefunden, bei welchem der Kreis-Schulinspector den Toast auf den Kaiser und Pastor Thebesius den Toast auf den Jubilar ausbrachte.

s. Frankenstein, 22. Mai. [Stadtverordnetenversammlung.] In der gestrigen Sitzung erhobte auf Antrag des Magistrats die Versammlung dem Musikdirector Schmidt, als Leiter einer uniformirten Militär-Musikschule, die bisherige Subvention von 300 auf 500 Mark jährlich. Die Instruction für die Curatoren und Beamten der städtischen Sparkasse wurde genehmigt und soll vom 21. Mai bis 15. Juni er. im Rathhause ausliegen. Nachdem durch die königl. Regierung festgestellt worden ist, daß das Hospital St. Georg kein städtisches Institut, sondern eine selbstständige milde Stiftung ist und demnach die Verwaltung nicht den Beschlässen der Stadtverordneten-Versammlung unterliegt, wird der Versammlung ein von dem Magistrat aufgestellter Statutenentwurf vorgelegt, welcher einer Commission zur Vorberathung überwiesen wird.

s. Ohlau, 23. Mai. [Gauversammlung.] Nächsten Sonnabend, den 25. d., findet hier selbst die Frühjahrs-Gauversammlung der Lehrer-Vereine Briesg, Ohlau, Grottkau, Böwen, Wüchelow-Lossen und Peisterwitz statt. Den Vortrag hat Mittelschullehrer Schön übernommen.

**** Briesg, 23. Mai.** [Fürsorgeverein für entlassene Gefangene.] — Vom Tode des Ertrinkens gerettet. Der Fürsorgeverein für entlassene Gefangene hielt heute Nachmittag nach 5 1/2 Uhr im Saale des Gewerbehause seine 8. General-Versammlung ab. Der Vorsitzende, Strafanstalts-Director Gollert, eröffnete die Versammlung, indem er die Erschienenen willkommen hieß und seiner Freude und dem Danke dafür Ausdruck gab, daß als Vertreter der königlichen Regierung Ober-Regierungsrath Dr. von Strauß und Tornow zu der Versammlung erschienen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Vorjahres 281, gestorben, verjogen und sonst ausgeschieden sind 22, neu zugetreten 20 Mitglieder, so daß deren Zahl gegenwärtig 279 beträgt. In Pflege befanden sich während des Jahres 15 Familien inhaftirter Gefangener und 41 entlassene Gefangene. Für erstere wurden an Unterstützungen 251,50 M., für letztere 89 M., zusammen 340,50 M. verwendet. Der Vorsitzende sprach sodann über das gemeinsame Wirken des Vereins, dankte den Damen für ihre aufopfernde Thätigkeit bei der zweckmäßigen Verwendung der Unterstützungen, desgleichen dem Stadtrath Schröder. Als Hauptursache des Rückfalls vieler entlassenen Gefangenen führte der Vorsitzende den Trunk an, dessen demoralisirende Wirkung auf das Familienleben dargelegt wurde. — Die Gesamteinnahme betrug mit dem Bestande aus dem Vorjahre von 1526,75 M. 2530,90 M., die Ausgabe 487,57 M., der Bestand sonach 2043,33 M., wovon 1863,70 M. in der Sparkasse angelegt sind. Dem Kassirer Kaufmann Bild wurde Decharge ertheilt. Amtsgerichtsrath Neufirchner sprach dem Vorsitzenden für die musterhafte Leitung der Geschäfte seinen Dank aus. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden zum Schluß per Acclamation wiedergewählt. — Western fürzte ein Kind der Wittve Pech oberhalb der Oberbrücke in den Strom und wurde von einem Fischweibel vom Tode des Ertrinkens errettet.

s. Grottkau, 23. Mai. [Communales. — Vorschläge.] In der vorgestern Nachmittag hier abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde über die Revision der städtischen Kassen und mehrerer Jahresrechnungen berichtet. An Stelle des wegen Krankheit ausscheidenden Rathsherrn Hoffmann wurde Justizrath Volk neugewählt. Nach Erledigung mehrerer Geschäfte fand Schluß der Sitzung statt. — Bei dem am 20. in hiesiger Gegend stattgefundenen Gewitter ging ein wolkenbruchartiger Regen und stellenweise starker Hagel nieder, so daß vielfach die Saaten gelitten haben. In Zedlitz schlug der Blitz in die Scheuer des Bauergutsbesizers Neger. Die Baulichkeit wurde in Brand gesetzt und eingestürzt. Mehrere in der Scheuer zur Zeit des Blitzschlages beschäftigte Personen kamen mit dem Schrecken davon. In Klein-Karlowitz schlug der Blitz in eine dicht an einem Wohnhause stehende Pappel. Von hier sprang der Strahl auf das Haus über und hinterließ mehrfach Spuren seines Weges, ohne indeß zu zünden.

s. Kreuzburg, 20. Mai. [Der Gesangverein Harmonie] unter Leitung seines Vorstehers, Cantors Ditsch, hat gestern unter Mitwirkung hiesiger Dilettanten eine gefällige-musikalische Aufführung zum Besten des Fonds zur Erbauung eines städtischen Siechenhauses im Giskeller-Saale veranstaltet. Großen Erfolg hatten die Mitwirkenden: Fräulein Flora Jacklowska, Cantor Ditsch, Lehrer Zelder, Seminarlehrer Daero, Amtsrichter Jaschil und Seminarlehrer Scheibe.

s. Rosenberg, 22. Mai. [Petition. — Ausfl.] Auf der zwischen Lubnitz und der Station Schierokau gelegenen Haltestelle Gjasnau, welche seit etwa zwei Jahren eröffnet ist, hielt anfangs nur in jeder Richtung ein gemischter Zug, durch welchen eine directe Verbindung nur mit Lubnitz beziehungsweise Tarnowitz und Kreuzburg hergestellt war. Beim nächsten Fahrplanwechsel traf die königliche Eisenbahn-Direction Breslau die Maßnahme, daß außer diesen gemischten Zügen sowohl die Früh- als auch die Abend-Personenzüge in beiden Richtungen nach Bedarf in Gjasnau anhielten, während die beiden Mittagzüge dieselbe ohne Aufenthalt passirten. Dieser Fahrplan besteht auch jetzt noch. Da durch denselben zwischen Vormittags 10 Uhr und Abends 10 Uhr eine directe Verbindung mit dem Bergewier, und zwischen 6 1/2 Uhr früh und 6 1/2 Uhr Abends eine Verbindung mit Breslau nicht besteht, haben die Interessenten der Umgegend von Gjasnau eine Petition an die königliche Eisenbahn-Direction Breslau eingereicht, in welcher sie bitten, daß auch die Mittag-Personenzüge in Gjasnau nach Bedarf halten möchten. Es steht zu erwarten, daß die königliche Eisenbahn-Direction diesen Wunsch nicht unberücksichtigt lassen wird. — Gestern machten die Schüler des Gymnasiums zu Kreuzburg unter Begleitung ihrer Lehrer einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Rosenberg. Um von hier nicht schon um 7 Uhr Abends nach ihrem Heim zurückkehren zu müssen, hatte das Gymnasium einen Personen-Sonderzug um 9 Uhr 25 Min. von Rosenberg bis Kreuzburg bei dem königlichen Eisenbahn-Betriebsamt Breslau-Tarnowitz beantragt, der auch in bereitwilliger Weise gestellt wurde. Die Schüler, etwa 400 an der Zahl, fuhren dadurch zu dem halben Fahrpreise von 40 Pfennigen für die Person. Der Sonderzug traf mit 25 Achsen um 9 Uhr 53 Min. in Kreuzburg ein.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

s. Breslau, 24. Mai. [Landgericht. Strafkammer II. — Freisprechen.] Das der Stadtgemeinde Breslau gehörige Rittergut Nienberg bietet bekanntlich den Vätern der Stadt hinsichtlich seiner Ver-

pachtung zu einem halbwegs angemessenen Preise fortgesetzt Schwierigkeiten. Anfangs 1888 war der damalige Pächter dieses Gutes, Karl Kerber, bei den städtischen Behörden dahin vorstellig geworden, man möge ihn aus seinem für die Dauer von fünfzehn Jahren geschlossenen, erst 1902 endigenden Vertrage entlassen, er offerirte in dem Landwirth R. aus Bunzlau einen Mann, welcher die Pacht an seiner Stelle übernehmen wolle. Ehe noch dieser Antrag zur Berathung gelangte, hatte R. bereits schriftlich die Erklärung ertheilt, er sei durch Kerber betreffs der Ertragsverhältnisse des Gutes Nienberg getäuscht worden, werde also dasselbe nicht als Pächter übernehmen. Kerber ist einige Monate später gestorben, kurz vor seinem Tode war der Concurß über sein Vermögen ausgebrochen. R., welcher insgesammt etwa 30 000 Mark theils in baar an Kerber, theils aber auf Wirtschaftsbetriebsmittel des Gutes gezahlt hat, ist mit seiner gesammten Forderung lediglich auf den augenscheinlich sehr geringen Ertrag aus der Concurßmasse angewiesen. Er hat außerdem noch langer Vorunternehmung eine sich auf die Verhältnisse des Gutes beziehende Anklage, lautend auf Betrug, erhalten, und es stand zur Verhandlung über dieselbe heute vor der II. Strafkammer Termin an. Der dieser Anklage zu Grunde liegende Sachverhalt ist kurz folgender:

In dem Ende 1887 zwischen Kerber und R. abgeschlossenen Cessionsvertrage, welcher natürlich erst nach Genehmigung der städtischen Behörden seine Gültigkeit erlangen sollte, war der an Kerber zu zahlende Uebernahmepreis, das heißt der Erlaß für die von demselben gelegte Caution und seine bisherigen Auslagen auf 84 000 M. stipulirt worden. Kerber hatte gleichzeitig beschienigt, daß R. ihm 60 000 M. baar gezahlt habe. Diese Zahlung hat sich aber in der That nur auf 6300 M. beziffert, es ist die falsche Quittung des Kerber angeblich nur zu dem Zweck gegeben worden, um die städtischen Behörden hinsichtlich der Sicherheit und Wohlhabenheit des R. zu täuschen und sie für die Pachtübertragung geneigter zu machen. Die Anklagebehörde hat aber für die betreffende Quittungsleistung einen anderen Grund gefunden, der die Erhebung der Anklage mindestens gegen R. zu rechtfertigen schien. Während dieser nämlich Ende 1887 und 1888 das Gut Nienberg provisorisch verwaltete, suchte er behufs Beschaffung weiterer Geldmittel nach einem Compagnon; er ließ dementsprechend in hiesigen Zeitungen Annoncen einrüden, wonach ein Gutswärter mit Capitalanlage und Besehtigung am Reingewinn gesucht wurde. Auf eine dieser Annoncen hat sich der Gutsinspector Kunzendorf aus Lüben gemeldet. Derselbe ist nach kurzer Verhandlung mit R. dahin einig geworden, daß er 18 000 M. einzahle, für welche ihm anstatt der Zinsen 1/4 des alljährlichen Ueberschusses vom Gutsvertrage garantirt wurden, außerdem wurde er mit 600 M. Jahresgehalt, freier Wohnung und allem Lebensunterhalt als Inspector angestellt. R. hat dieses Geld zur Zahlung an Kerber benützt, es hat also Kunzendorf gleichfalls die ganze Summe verloren, das heißt, er ist ebenso wie R. nur auf den Erlaß aus dem Concurße angewiesen. Da er sich hauptsächlich durch die Besehtigung im erwähnten Vertrage, wonach Kerber von R. 60 000 M. baar erhalten haben sollte, zur Vergabe des Geldes verleiten ließ, so hätte R., wie die Anklage behauptet, den Betrag nur durch betrügerische Vorpiegelung erhalten. Diese Ansicht theilt der Staatsanwalt auch heute nach Schluß der Beweisaufnahme fest, er beantragt, den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis und einem Jahre Ehrverlust zu verurtheilen.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Berkowitz, führte in ausführlicher Rede den Nachweis, daß R. nicht der Betrüger, sondern nur der von Kerber Betrogene sei, er habe es sich, obgleich sein ganzes Vermögen bei dem in Rede stehenden Abschlusse verloren ging, doch angelegen sein lassen, den Kunzendorf nach Möglichkeit schadlos zu halten, in diesem Bestreben habe er auf jede Zahlung aus der Concurßmasse verzichtet und den ihm zufallenden Betrag an Kunzendorf überwießen. So pflege im Allgemeinen ein Betrüger nicht zu handeln, es spreche dies für die Annahme, daß der Angeklagte überhaupt nie die Absicht gehabt habe, den Kunzendorf zu täuschen oder gar zu schädigen.

Der Gerichtshof schloß sich dem Antrage des Vertheidigers, den Angeklagten freizusprechen, vollständig an, der ohnehin so schwer Geschädigte blieb also von Strafe und Kosten verschont.

Gesetz, betreffend den Erlaß oder die Ermäßigung der Grundsteuer in Folge von Ueberschwemmungen.

Wir Wilhelm z. verordnen für den Umfang Unserer Monarchie, mit Ausschluß der hohenzollernschen Lande, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages, was folgt:

§ 1. Der Finanzminister wird ermächtigt:

1) die Grundsteuer von solchen Liegenschaften, deren Ertrag in Folge von Ueberschwemmung für ein oder mehrere Jahre ganz oder zu einem erheblichen Theil verloren geht, auf ein oder mehrere Jahre ganz oder theilweise zu erlassen;

2) Liegenschaften, welche in Folge von Ueberschwemmung bergestalt beschädigt sind, daß ihre Ertragsfähigkeit eine erhebliche Verminderung erleiden, hat, in eine geringere Klasse des maßgebenden Classifications-tarifs zu versetzen.

§ 2. Die entfallenden Steuerausfälle, sowie die etwaigen Kosten trägt die Staatskasse.

Urkundlich zc.

Gegeben an Bord Meines Schiffes „Merandrine“, den 15. April 1889.

Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Hebung der wirtschaftlichen Lage in den nothleidenden Theilen des Regierungsbezirks Döppeln vom 25. Februar 1881.

Wir Wilhelm z. verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Der § 3 des Gesetzes, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Hebung der wirtschaftlichen Lage in den nothleidenden Theilen des Regierungsbezirks Döppeln, vom 25. Februar 1881 (Gesetz-Samm. S. 25) erhält folgenden Zusatz:

Aus der in Ziffer 1 bezeichneten Summe können bis zum Gesamtbetrage von zwei Millionen Mark Beihilfen zu Flussregulirungen an öffentliche Wassergenossenschaften, Deichgenossenschaften und Communalverbände nach den in § 6 Absatz 3 dieses Gesetzes festgesetzten Grundsätzen gewährt werden.

Ferner können aus der in Ziffer 1 bezeichneten Summe bis zum Gesamtbetrage von 200 000 M. Beihilfen zu Folgeeinrichtungen nach den in § 8 Nr. 1 dieses Gesetzes festgesetzten Grundsätzen gewährt werden.

Urkundlich zc.

Gegeben Berlin, den 1. Mai 1889.

Gesetz, betreffend die Beseitigung der durch die Hochwasser im Sommer des Jahres 1888 herbeigeführten Verheerungen.

Wir Wilhelm z. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Einziges Paragraphe.

Das Gesetz vom 13. Mai 1888, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1888 herbeigeführten Verheerungen (Gesetz-Samm. S. 103), wird auf die Beseitigung derjenigen Verheerungen ausgedehnt, welche durch die Hochwasser im Sommer des Jahres 1888 herbeigeführt worden sind, jedoch mit der Maßgabe, daß die Bewilligung nach § 1 Nr. 1c des genannten Gesetzes auch zu Flussregulirungen erfolgen kann, welche in Verbindung mit den dazuliegender angeführten Maßregeln als nothwendig sich ergeben.

Urkundlich zc.

Gegeben im Schlosse zu Berlin, den 8. Mai 1889.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung. Reichstag.

• Berlin, 24. Mai. Der Reichstag hielt heute zwei Sitzungen, um in der ersten, um 11 Uhr beginnenden die gestern Abend eingegangene Declaration zur internationalen Reblaussconvention in erster und zweiter Berathung, in der zweiten um 12 Uhr beginnenden diese Declaration in dritter Lesung erliegen zu können. Danach wurden die zur Invaliditätsversicherung eingegangenen Petitionen erledigt. Es gelang dem Herrn Referenten von Manteuffel wirklich, eine einzige Petition anzuführen, die sich für das Gesetz ausgesprochen hat, nämlich die Petition eines in Berlin vegetirenden Vereins für deutsche Volkswirtschaft. Alle andern, mehr als 3200 Petitionen sprachen sich gegen das Gesetz aus. Herr Richter stellte diese Thatsache fest und wies darauf hin, daß die Leute, die man sonst immer als die hervorragenden Sachverständigen in Schutzoll- und sonstigen wirtschaftlichen Fragen bezeichnet hat, sich gegen die Vorlage in ihren Eingaben ausgesprochen haben; er stellte ferner fest, daß die von den größten

Bedenken erfüllten conservativen Herren für das Gesetz stimmen wollen, weil der Kaiser es wünsche; das verstoße gegen alle Grundsätze des Constitutionalismus. Herr von Bötticher glaubte die Bedeutung der Petitionen herabsetzen zu müssen; der Abgeordnete solle ohne Rücksicht auf Petitionen zc. männlich und treu nach seiner Ueberzeugung stimmen. Damit übte Herr von Bötticher die schärfste Kritik gegen die Haltung der conservativen Herren, die eben nicht ihrer Ueberzeugung folgten. Herr von Hammerstein gehört zu diesen Herren; er glaubte sich damit entschuldigen zu können, daß bei den Conservativen die Wünsche des Kaisers mehr Beachtung finden, als bei anderen Parteien; er nahm sich auch der Petitionen aus landwirtschaftlichen Kreisen an und forderte Herrn von Bötticher ganz unverblümt auf, die Wünsche der Petenten noch zu berücksichtigen und, ehe das Gesetz noch eingeführt werde, es nach dieser Richtung hin wieder abzuändern. Grund dazu scheint auch vorzuliegen; denn Herr von Flüge, der auch für das Gesetz stimmte, erklärte ganz offen, das Gesetz sei nicht brauchbar; aber weil der Bundesrath sein Bestes gegeben habe, so müsse man einen Versuch damit machen. Bei diesem eigenthümlichen Standpunkt der Conservativen ist es kein Wunder, daß das Gesetz angenommen wurde: 185 Abgeordnete, also nicht einmal die absolute Mehrheit aller Reichstags-Abgeordneten, erklärten sich für das Gesetz, 165 stimmten dagegen, 4 enthielten sich der Abstimmung. Wenn man alle Diejenigen rechnet, die dem Gesetz nicht freundlich gesinnt sind, die sich aber aus irgend welchen Gründen gedrückt haben, so kann man getrost sagen, das Gesetz ist zu Unrecht angenommen worden. Von den Nationalliberalen stimmten 12, von den Deutsch-Conservativen 7, von der Reichspartei 4 gegen das Gesetz, während sich 13 Centrumsmitglieder der Mehrheit angeschlossen; diese haben also den Ausschlag gegeben, wenn man die Fehlenden außer Rechnung läßt. Bei dieser Sachlage ist es begreiflich, wenn dem Bravo, welches die Freunde des Gesetzes bei der Verkündung des Abstimmungs-Resultates ertönen ließen, ein ironisches Gelächter von der anderen Seite folgte. Nach den üblichen Schlußformalitäten verlas Herr von Bötticher die Schlußbotschaft und sprach dann der Mehrheit noch ausdrücklich den kaiserlichen Dank aus.

75. Sitzung vom 24. Mai. 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher, v. Malshahn, Heusner Graf v. Zepplert.

Eingegangen ist ein Nachtragset, betr. Neu-Guinea.

Eine Reihe von Petitionen werden nach dem Antrage der Petitions-Commission als zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet.

Es folgt die erste Berathung der zu Bern am 15. Mai 1889 unterzeichneten Declaration zum Artikel 3 der internationalen Reblaussconvention.

Staatssecretär v. Bötticher: Die internationale Reblaussconvention enthält Vorschriften, welche Beschränkungen des Ausfuhrhandels mit Pflanzen festsetzen. Zu den Beschränkungen gehört auch die, daß die Pflanzen mit einem Ursprungsattest versehen sein müssen, welches die Unverderblichkeit derselben bezüglich der Reblaussfreiheit darlegt. Auf Grund der Convention ist außerdem die Bestimmung in Geltung, daß die contrahirenden Staaten sich gegenseitig Verzeichnisse solcher Pflanzen und gärtnerischen Anlagen mittheilen, welche unter einer fortwährenden Controle mit Bezug auf die Reblauss gehalten werden. Die kaiserl. Regierung war bisher der Auffassung, daß solche Anlagen, welche aus Anlagen originirten, rüchlich deren Ueberwachung stattfindet, von der Beibringung eines Ursprungsattestes befreit sind; aber nicht alle Conventionsstaaten haben sich dieser Auffassung angeschlossen, denn es ist von Einzelnen bisher auch ein besonderes Ursprungsattest gefordert rüchlich solcher Anlagen, welche aus unter Controle stehenden Anlagen herrühren. Es ist jetzt gelungen, auch diese Staaten zu einer Declaration zu bestimmen, welche die deutsche Auffassung zur Geltung bringt. Unsere gärtnerischen Kreise legen einen ganz besonderen Werth darauf, daß der Ausfuhrhandel mit Pflanzen von jener Belastung befreit wird, von der die deutsche Regierung schon immer annahm, daß sie durch die Convention nicht geboten ist.

Ohne Debatte wird die Declaration darauf in zweiter Lesung genehmigt.

Präsident v. Levetzow: Da mir der Wunsch ausgesprochen ist, heute auch noch die dritte Berathung der Declaration zu erledigen, würde ich vorschlagen, unsere Sitzung in diesem Augenblicke zu schließen und in einer halben Stunde eine neue Sitzung beginnen zu lassen mit folgender Tagesordnung: Dritte Berathung der Reblaussconvention und Rest der gegenwärtigen Tagesordnung.

Zufimmung.
Schluß 11 1/4 Uhr.

76. Sitzung vom 24. Mai. 12 1/2 Uhr.

In dritter Berathung wird ohne Debatte die Declaration zum Art. 3 der internationalen Reblaussconvention genehmigt.

Zu dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz liegt folgende Resolution der Abg. Herzog v. Ratibor, Graf v. Behr, v. Kardorff und Camp vor: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, im Falle der Annahme des Gesetzes mit möglicher Beschleunigung das Gesetz vom 6. Juni 1870 über den Unterstützungsnothwendigkeit in der Weise einer Revision zu unterziehen, daß die besonders die ländlichen und kleineren Gemeinden schwer belastenden Bestimmungen desselben geändert werden.

Staatssecretär v. Bötticher: Ich werde zur Abkürzung der Discussion beitragen, wenn ich daran erinnere, daß ich bereits früher einmal die Stellung der Reichsregierung gegenüber der Frage einer Revision unserer Armenversicherungsgesetze dargelegt habe. Ich habe damals die Absicht der Reichsregierung dahin bezeichnet, daß sie in Uebereinstimmung mit sehr vielen Stimmen im Hause eine Reform unserer Armenversicherung für geboten anseht; es sind auch bereits Vorarbeiten gemacht worden. Die Schwierigkeit der Reform liegt wesentlich darin, daß die Wünsche über die künftige Gestaltung unserer Armenversicherung namentlich rüchlich der Bestellung von Armenverbänden im Reiche, besonders im Süden und Norden, sehr auseinandergehen. Andererseits hoffen wir, daß wenn unsere socialpolitische Gesetzgebung erst den beabsichtigten Erfolg dahin gehabt haben wird, daß große Kreise von Hilfsbedürftigen, welche jetzt allein auf die Fürsorge der Armenpflegeverbände angewiesen sind, künftig in anderer Weise rüchlich ihrer Erziehung sichergestellt sein werden, die Ausgleichung der Meinungsverschiedenheiten über die dazu verpflichteten Verbände leichter sein wird als jetzt. Wenn man die Armenlast der Einzel-Gemeinden dadurch ermäßigt, daß man die ihr angehörigen unterstützungsbedürftigen Personen durch die Unfallversicherung, durch die Krankengeldversicherung und wenn, so Gott will, das Alters- und Invaliden-Gesetz zu Stande kommt, auch durch dieses Gesetz anderen Verbänden zuweist, so wird die Einzel-Gemeinde dadurch erheblich entlastet. Es ist aber nicht allein die Absicht, sich auf die Entlastung zu beschränken; man will auch die Verpflichtung des untersten Armenverbandes gegenüber den unterstützungsbedürftigen auf ein bestimmtes Maß beschränken und das darüber hinausgehende Erforderniß auf breitere Schultern legen. Schon jetzt treten für gewisse unterstützungsbedürftige weite Verbände ein. Wenn dieser Gedanke weiter ausgebaut wird, so werden die Klagen, von denen in dieser Resolution die Rede ist, abnehmen. Zu welchem Zeitpunkte mit dieser Reform vorzugehen sein wird, läßt sich zwar nicht genau sagen, weil, wenn auch die Wirkung unserer Krankentassen- und Unfallversicherung eine sofort eintretende ist, naturgemäß durch die Alters- und Invalidenfürsorge, wie sie dieses Gesetz anstrebt, die Gemeinden nicht sofort entlastet werden, weil alle die Invaliden, für welche die Gemeinden jetzt zu sorgen haben, bis an ihr Ende versorgt werden müssen, ohne an den Wohlthaten dieses Gesetzes theilzunehmen. Es wird also die jetzt verpflichtete Gemeinde erst im Laufe der Zeit rüchlich der invaliden Personen allmählich entlastet werden. Gleichwohl zweifle ich nicht, daß der Zeitpunkt, in welchem wir diesen Zweig der Gesetzgebung anschieben werden, nicht zu fern liegt. Die Regierung ist bemüht, die Mängel, Schäden und Unbequemlichkeiten, die unsere gegenwärtige Gesetzgebung im Gefolge hat, thunlichst bald zu beseitigen. Mit Rücksicht darauf scheint mir, daß es dieser Resolution nicht bedürfte.

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

Abg. Graf v. Bahr (Reichspartei): Aus diesen Erklärungen entnehme ich, daß die Angelegenheit erzwungen wird und später zur Verhandlung kommen soll. Auf die vom Regierungsrath angeführten Gesichtspunkte einzugehen, ist jetzt nicht möglich; wir haben, wenn seiner Zeit das Gesetz kommt, dazu Gelegenheit. Ich kann deshalb die Resolution zurückziehen, auch mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses. Natürlich behalten wir uns vor, auf die Sache zurückzukommen; sie ist aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.

Abg. Richter (fr.) nimmt die Resolution wieder auf. Abg. v. Kardorff (Reichspartei) meint, daß die wieder aufgenommene Resolution von Neuem unterstützt werden müßte.

Präsident v. Levetzow erklärt, daß ein zurückgezogener Antrag von jedem einzelnen Mitgliede wieder aufgenommen werden kann.

Abg. Richter: Ich habe die Resolution nur aufgenommen, um ein paar Worte dem Staatssecretär zu erwidern. Der ganze Vorgang ist in der That seltsam. Was der Staatssecretär uns heute sagte, wissen wir bereits seit Wochen, da er damals dasselbe mit fast denselben Worten gesagt hat. Gleichwohl haben die Herren die Resolution eingebracht, hatten also wohl das Bedürfnis, eine gründliche Discussion anzuregen. Was hätte die Resolution sonst für einen Zweck? Die Schwierigkeit der Reform liegt nur in den Meinungsverschiedenheiten zwischen Süden und Norden, und auch zwischen Stadt und Land; die letzteren sind nicht so schwerwiegend, weil sie meist auf Mißverständnissen beruhen. Wenn wir auf die Reform der Armenpflege so lange warten sollen, bis, wie der Staatssecretär meinte, durch die Wohlthaten dieses Gesetzes die Kosten für die Armenpflege sich vermindert haben werden, dann können wir noch recht lange warten. Aus der Posener Petition geht hervor, daß man in landwirthschaftlichen Kreisen umgekehrt dafür ist, daß zunächst die Reform der Armenpflege-Gesetzgebung in Angriff genommen würde. Der einzig concrete Gedanke in der Rede des Staatssecretärs ist der, daß man das Maß der Leistungen der Armenverbände auf eine bestimmte Grenze setzen will; wird diese überschritten, so soll ein größerer Verband, also wohl der Staat oder das Reich, eintreten. Das ist eine Lieblingsidee des Reichskanzlers, der früher die Armenpflege auch zur Reichs- oder wenigstens Staatsfache hat machen wollen. Ich glaube constatiren zu dürfen, daß es eine Illusion ist, wenn man sich einbildet, daß dieses Gesetz die Armenpflegekosten erheblich vermindern wird, und daß die Armenpflege in absehbarer Zeit auf diese socialpolitische Vorlage wird aufgebaut werden können.

Hierauf zieht Abg. Richter die Resolution zurück. Es folgt die Berathung der zu dieser Vorlage noch nachträglich eingebrachten Petitionen, über welche Abg. v. Montanari referirt.

Abg. Richter: Ich weiß, daß verschiedene Mitglieder in kürzester Zeit Petitionen eingebracht haben; daher nur ein paar Bemerkungen. Unter den letzten 56 Petitionen erklärt sich nur eine — das ist das Unicum — für baldige Annahme der Vorlage, und diese rührt her vom Vorstand des Vereins für deutsche Volkswirthschaft. Ich brauche bloß den Namen zu nennen, um Ihnen ins Gedächtniß zurückzurufen, daß es sich um eine bimetalistische Gruppe handelt. Von den übrigen Petitionen empfehle ich Ihnen zur sorgfältigen Lectüre die aus den landwirthschaftlichen Kreisen, dann die von den 476 Industriellen, die des Vorstandes des rheinischen Bauernvereins, welcher eine besondere Commission über dieses Gesetz niedergesetzt und gefunden hat, was (wir ohne Widerspruch von der Regierung behauptet haben, daß dieses Gesetz Millionen von kleinen Gewerbetreibenden schädigen wird. Die Petitionen sind ja vergeblich gewesen, und wenn solche Gründe maßgebend sein sollen, wie sie Herr v. Flügge in seiner denkwürdigen Rede für seine Abstimmung hat maßgebend sein lassen, nämlich der Wille seines allerhöchsten Herrn, wenn derartige Gründe hier im Parlament proclamirt werden, dann geht es zu Ende mit dem Constitutionalismus, dann können Sie überhaupt das ganze Verfassungsweien abschaffen: dann ist auch das Petitionsrecht überflüssig, und ich frage mich, das wenigstens der politische Gesinnungsgenosse des Herrn v. Flügge, Graf Mirbach — (Der Präsident bittet den Redner, sich an die Petitionen zu halten.) Ich sehe auseinander, daß, wenn die Grundzüge des Herrn v. Flügge maßgebend sein sollten, das ganze Petitionsrecht überflüssig ist.

Präsident v. Levetzow: Wir haben es hier mit ganz bestimmten Petitionen zu thun.

Abg. Richter (fortfahrend): Dann sage ich ganz concret, wenn der Wille unseres Königs und Kaisers allein bestimmend ist, dann hätten sich die Petenten Mühe und Lärm ersparen können. (Sehr richtig! links.) Damit schafft man den absoluten Staat. Bis 1891 werden wir ja noch Mühe haben, und bis dahin wird man sich hoffentlich überzeugen, daß dieses Gesetz nicht zum Heile des Vaterlandes gereicht.

Staatssecretär v. Böttcher: Wir haben von dem Abg. Richter in den letzten Wochen Vieles gehört (sehr richtig! rechts); daß er sich aber dazu verweigern würde, aus dem Erlaß dieses Gesetzes den Untergang des Constitutionalismus und des Staates zu deduciren, hätte ich nicht geglaubt. Das ist eine Hyperbel, die wahrscheinlich den Eindruck auf schamhafte Gemüther zu machen verfehlen wird. Ich muß darauf erwidern, daß, wenn der Abg. v. Flügge, der vielleicht selber noch das Nöthige erwidern wird, sich hinsichtlich der Auffassung, welche an allerhöchster Stelle besteht, das weit mehr Anerkennung verdient, als wenn man sich auf die Auffassung von Kreisen stützt, von denen man nur weiß, daß sie Petitionen eingereicht haben, nicht aber, ob sie in das Verstandniß des Gesetzes eingedrungen sind. (Große Unruhe links.) Ein Theil der hohen Verammlung hier ist mit diesen Ausführungen nicht einverstanden; aber wir haben es ja erlebt, daß bei der ostpreussischen Petition zwei diametral auseinandergehende Anträge innerhalb der Frist von wenigen Wochen gestellt sind. Mögen Sie nun annehmen, daß bei dem ersten Antrage das Verstandniß der Antragssteller noch nicht zum vollen Durchbruch gekommen ist oder ob dieses beim zweiten Antrage der Fall gewesen ist, jedenfalls besteht hier ein Widerspruch, und einmal müssen jene Herren unter allen Umständen gerirt haben. Wie es mit Petitionen geht, wissen wir alle. Ich könnte aus unseren Acten eine ganze Reihe von Petitionen mit zustimmenden Erklärungen beibringen, welche bezeugen, daß man das Vorgehen der verbündeten Regierungen als ein erprobtes und segensreiches anerkennt. Ich habe nicht von diesen Petitionen gesprochen, weil es auch jetzt nicht thun, weil ich sage, jeder, der hier abstimmt, muß Mannes genug sein, aus sich selbst heraus keine Idee von der Sache zu schöpfen und sein Votum zu rechtfertigen, mögen auch so und so viele Petitionen in diesem oder anderen Sinne eingegangen sein, männlich und treu, fest und gewissenhaft, ohne sich zu stützen weder auf seine Wähler noch auf Petenten. (Lebhafter Beifall.) Wir haben gewissenhaft auf dem Gesetz fünf Jahre lang gearbeitet; wir haben das Beste vorgeschlagen, was wir gewußt haben, und von denen, die das Gesetz ablehnen werden, müßten wir erwarten können, daß sie hier bessere Vorschläge machen. Wir können es nicht. Erst die Erfahrung und die Praxis wird lehren, ob wir in Allem das Richtige getroffen haben. Geben Sie uns Gelegenheit dazu! In derselben Weise, wie wir an dem Zustandekommen des Gesetzes gearbeitet haben, werden wir auch dafür sorgen, daß das Verstandniß des Gesetzes im Lande fort und fort ein größeres werde, daß Mängel nicht verschwiegen, nicht beschönigt werden; fordern aber dürfen wir, daß hier Jeder ein aus seiner innersten Ueberzeugung geschöpftes Votum abgibt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Der Abg. Richter hat in seiner Bemerkung über den Abg. v. Flügge die Dinge nicht so aufgefaßt, wie der Abg. v. Flügge sie zum Ausdruck brachte. Er hat ausdrücklich hervorgehoben, daß nicht der Defect, der Wille, sondern der Wunsch Sr. Majestät ihn veranlaßt, für das Gesetz zu stimmen. (Unruhe links.) Ja, meine Herren, Sie werden sich eben an die berechtigigte Eigentümlichkeit der conservativen Partei gewöhnen müssen, der der Wunsch Seiner Majestät höher steht, als Ihnen. Wenn weiter der Werth der Petitionen hier auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt ist, so könnte man vielleicht behaupten, daß auch diejenigen, die hier vom grünen Tische aus berathen und votirt haben, mit den thatsächlichen Verhältnissen einzelner Bezirke des Reiches nicht hinhaltend bekannt sind. Die ganze vorliegende Materie ist so schwierig, daß selbst an autoritativer Stelle nicht immer dieselbe Meinung vorgewaltet hat. Wenn die preussische Regierung sich anfänglich grundsätzlich für die Berufungsgesetzgebung und für eine Einheitsrente entschieden hat und jetzt eine territoriale Versicherung und das Lohnklassensystem befürwortet hat, warum sollte es dann nicht möglich sein, daß auch landwirthschaftliche Vereinigungen und Petenten eine andere Ansicht von dem Gesetz als die Regierungen besitzen? Ich schätze die Petitionen deshalb etwas höher ein und würde geneigt sein, dieselben zur Berücksichtigung zu empfehlen. Es ist am Schluß einer langen materiellen Berathung nicht gewöhnlich und meistens auch überflüssig, Petitionen zur Berücksichtigung zu überweisen; wenn aber ein Gesetz im Schlussparagrafen es den verbündeten Regierungen überläßt, festzusetzen, ob und wann sie das

Gesetz in Kraft treten lassen wollen, dann wäre eine Berücksichtigung der Petitionen doch wohl nicht ganz überflüssig. Für mich ist der jetzige § 162 von sehr großer Bedeutung, weil er die Möglichkeit giebt, die Einführung des Gesetzes zu verschieben. Würde in dem Gesetze eine kurze Fristbestimmung stehen, so würde das unendlich schwer sein. Jetzt können sich die verbündeten Regierungen überlegen, ob sie das Gesetz in der gegenwärtigen Form in Kraft setzen wollen; denn wenn sie es unverändert zur Geltung bringen, werden sie vielleicht dadurch gerade an jenen Stellen Unzufriedenheit erregen, deren Zufriedenheit für die staatliche Entwicklung unseres Staatslebens von ganz besonderer Bedeutung ist. (Sehr richtig!) Wenn die verbündeten Regierungen zur Ausführung des Gesetzes kommen, werden sie sich sicher selbst überzeugen, daß es so und unvermittelt nicht in Kraft treten kann. Es ist in dem Gesetze eine weitgehende Rücksicht auf die Einzelstaaten genommen. Ich bin ein Vertreter eines berechtigten Particularismus und bin der Ueberzeugung, daß in Preußen dieses Gesetz jedenfalls nicht in Kraft treten kann, bevor die von Sr. Majestät am 15. Januar in der Thronrede feierlich verkündete Einkommensteuerreform zur Wahrheit geworden ist. (Der Präsident bittet den Redner, sich an die Petitionen zu halten.) Ich verzichte darauf, die Petitionen zur Berücksichtigung zu empfehlen, weil ich hoffe, daß die Regierungen sich vor Augen halten werden, daß das Gesetz in der gegenwärtigen Form nicht durchführbar ist, daß es den Gedanken der kaiserlichen Botschaft ein für allemal discredittirt. In dem vollen Vertrauen, daß die verbündeten Regierungen eine eingehende Prüfung vor Einführung des Gesetzes eintreten lassen werden, werde ich für das Gesetz stimmen.

Staatssecretär v. Böttcher: Ich habe nicht gesagt, daß allen Petitionen, welche hier beim Reichstage eingegangen sind, ein mangelhaftes Verstandniß des Gesetzes innewohnt; sondern ich habe gesagt, man dürfe sich nicht ohne Weiteres auf Petitionen stützen, denen vielleicht ein mangelndes Verstandniß zu Grunde liegt. Die preussische Regierung hält die Durchführung der Einkommensteuerreform in Preußen für eine ihrer dringendsten Aufgaben, worüber auch die Thronrede keinen Zweifel gelassen hat. Es wird auch in neuester Zeit fortgesetzt an diesem Werke gearbeitet (höri! höri!); sicher wird es die erste Vorlage sein, die dem preussischen Landtag in der nächsten Session zugehen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter: Unsere verfassungsmässigen Zustände werden immer sonderbarer. Ein Abgeordneter beklagt sich lebhaft über die Mängel des Gesetzes und erklärt dann, für das Gesetz stimmen zu wollen, in der Hoffnung, daß die Regierungen vor Infracturen desselben erhebliche Aenderungen vornehmen werden. Warum sind wir denn hier, wenn so votirt wird? Wenn Minister v. Böttcher etwas verächtlich von den Petitionen spricht und behauptet, es komme darauf an, ob die Petenten das richtige Verstandniß hätten, so muß ich fragen: Wer hat denn das richtige Verstandniß? Wir haben es nicht; der Minister hat erklärt, das Land hat es nicht, und doch arbeiten wir bereits eine unendliche Zeit daran. Es muß also an dem Gesetz selbst liegen, daß es kein Mensch verstehen kann. Bei den Forderungen haben die Herren von den Petenten nicht verächtlich gesprochen. Der Herr Minister hat erklärt, daß ich deducirt hätte, der Erlaß dieses Gesetzes würde den Untergang des Constitutionalismus herbeiführen. Ich habe kein Wort davon gesagt, sondern nur behauptet, wenn die Grundzüge im Parlament zur Geltung kommen sollten, mit denen der Abg. v. Flügge sein Votum für die Vorlage motivirt, so würde es zum Untergang des Constitutionalismus kommen. Ich würde, ehe ich ein solches Votum mit einer solchen Motivirung abgebe, lieber mein Mandat niederlegen. (Große Unruhe. Rufe rechts: Thun sie es nur!) Ich bebaure, daß die Herren den Namen Sr. Majestät fortwährend in die Debatte ziehen. Wir lehnen es ab, aus diesen Motiven für oder gegen ein Gesetz zu stimmen. Der Wunsch Sr. Majestät steht auch uns hoch; doch wir können uns auch auf die Worte des Herrn Staatssecretärs stützen, frei und treu nach unserer innersten Ueberzeugung zu stimmen. (Große Unruhe, Glocke des Präsidenten.) Nur so glauben wir dem Vaterlande und der Monarchie den besten Dienst erweisen zu können. Diejenigen, die anders handeln, thun das nicht. (Beifall bei den Freisinnigen; Widerspruch und große Unruhe rechts.)

Die Discussion wird geschlossen.

Abg. v. Flügge (persönlich): Der Abg. Richter hat es für angemessen gehalten, eine Aenderung, die ich zu § 18 des Gesetzes gehan hatte, als eine solche zu kennzeichnen, welche nicht nur das Petitionsrecht des deutschen Volkes überflüssig macht, sondern überhaupt mit dem constitutionellen Wesen in Widerspruch steht. Ich kann ja von dem Abg. Richter nicht verlangen, daß er zuzuhört, wenn ich etwas sage (Unruhe links); aber ich kann verlangen, daß er, wenn er nicht zugehört hat, sich auch solcher Bemerkungen enthält. Er hat mich jedenfalls nicht verstanden; ich habe gesagt, daß ich mich überzeugt hätte, daß die beiden gesetzgebenden Factoren, mit denen wir es hier zu thun haben, sich nicht in der Lage befinden, das Gesetz jetzt oder später in einer solchen Weise herzustellen, daß es brauchbar wird. (Große Heiterkeit.) Wir haben heute aus dem Munde des Herrn Staatssecretärs gehört, daß der Bundesrath in dem Gesetzentwurf das Beste geboten hat, was er hat bieten können. Dieses Beste hat uns nicht genügt; der Reichstag hat es zu verbessern gesucht, und es hat trotzdem keinem gefallen. (Lachen links.) Nachdem ich nun die Ueberzeugung gewonnen habe, daß das Gesetz nicht in einer genügenden und maßgebenden Weise zu Stande gekommen ist, erübrigt nur, daß die beiden gesetzgebenden Factoren aus der Praxis erkennen lernen, welche Aenderungen vorzunehmen sind. Es giebt außer diesen beiden gesetzgebenden Factoren aber doch noch einen, der gerade für uns von Wichtigkeit ist. Wenn ich nun sehe, daß jene beiden gesetzgebenden Factoren das Gesetz nicht in der Weise, wie ich es wünschte, zu Stande bringen können, und es andererseits der Wunsch des ersten und principalen gesetzgebenden Factors, meines Kaisers, ist, so habe ich erklärt, daß dieser letzte für mich von erheblicher Wichtigkeit ist. Wie der Abg. Richter in dieser Aeußerung einen Standpunkt finden kann, der das constitutionelle Wesen überflüssig machen kann, begreife ich nicht.

Abg. Richter: Der Abg. von Flügge hat lediglich das bestätigt, was ich gesagt habe. (Sehr richtig! links.) Das Land hat durch seine Erklärung eine Bezeugung erhalten, wie manche Herren ihr Votum auffassen. Die Petitionen werden darauf durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

In namentlicher Abstimmung wird darauf die Vorlage, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung mit 185 gegen 165 Stimmen angenommen. Vier Abgeordnete (Prinz Karolath, Borck, Graf Schlieffen-Schwandt und Schulz-Lupitz) enthalten sich der Abstimmung. Mit „Ja“ stimmen die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abgeordneten Blankenhorn, Brand, Büsing, Domes, Hildebrand, Zahns, Keller-Zinnenstadt, Keller-Württemberg, von Lengerte, Voll, Römer und Sieder-Weidenburg; die Conservativen mit Ausnahme der Abgeordneten von Gramsch, Graf Mirbach, von Derken-Brunn, von Derken-Paradin, von Puttkamer-Blauth, Graf Schlieffen-Schlieffenberg, Seyfarth; die Reichspartei mit Ausnahme der Abgeordneten Hoff, Banha, von Neurath und Lohren. Mit „Nein“ stimmen die Freisinnigen mit Ausnahme des Abgeordneten Thonien, die Socialdemokraten, die Polen, die Elsaß-Votirer, die Wesen und das Centrum mit Ausnahme der Abgeordneten Graf Abelnmann, Burbaum, von Frandenstein, von Gagern, von Huene, von Landsberg, Graf Preysing-Landschut, von Wpsten, Graf Preysing-Sträubing, Reichensperger, Graf Schönborn, Graf Walderdorff, von Wendt.

Präsident v. Levetzow: Im nächsten Monat, am 15. Juni, und an den folgenden Tagen feiert Sr. Majestät der König von Sachsen, sein Haus und unter sächsischer Bruderschaft ein seltenes Fest, das achtundzestjährige Jubiläum des Hauses Wettin und eines Landes. Ganz Sachsen erinnert sich der Freue, die Fürst und Volk durch acht Jahrhunderte einander gehalten haben. Ganz Sachsen will seinem Könige Albert Huldigung und Dank darbringen für sein echt landesväterliches und echt deutsches Regiment. Ich habe hier nicht nöthig, daran zu erinnern, was das Deutsche Reich seiner Majestät dem Könige von Sachsen verdankt. (Beifall.) Ich weiß auch, daß der Reichstag herliche Theilnahme für das hat, was die Herzen unserer sächsischen Landesleute bewegt. (Beifall.) Darum habe ich geglaubt, von Ihnen die Ermächtigung erbitten zu sollen für das Präsidium des Reichstages, Sr. Majestät dem Könige von Sachsen und dem sächsischen Volke die herliche Theilnahme des Reichstages an diesem seltenen Feste ausdrücken zu können. (Lebhafter Beifall.)

In der Zustimmung, welche ich höre, finde ich die ertheilte Ermächtigung; das Präsidium wird von dieser Ermächtigung Gebrauch machen. (Lebhafter Beifall.)

Aus der Ueberzucht, welche der Präsident über die Arbeiten der abgelaufenen Session nunmehr girt, hervorzuhoben, daß 8913 Petitionen eingegangen sind, von denen 3131 sich auf das Genossenschaftsgesetz und ungefähr 3300 sich auf das Invaliditätsgesetz bezogen.

Abg. Graf Moltke: Meine Herren! Ich bin gewiß, in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich Sie bitte, unserem verehrten Herrn Präsidenten den aufrichtigen Dank des Hauses auszusprechen für die mühevollen, gerechte und umsichtige Leitung der schwierigen Geschäfte dieser Session. Ich bitte Sie, zur Bestätigung dieses Dankes sich von den Seiten zu erheben. (Lebhafter Beifall.)

Die Mitglieder erheben sich.

Präsident v. Levetzow: Meine Herren! Die Worte, welche der hochverehrte Herr Alterspräsident an mich gerichtet hat, ehren mich ungemein. Ich danke dem hochverehrten Herrn Graf Moltke und Ihnen allen herzlich namentlich für die Zustimmung, die Sie den Worten des Herrn Alterspräsidenten bezeugten. Meine Herren! Ich habe mich rechtlich befreit, unsere Geschäfte unparteiisch zu handhaben, unsere Arbeit zu fördern und die Würde des Reichstages zu wahren. (Sehr wahr!) Ich weiß sehr wohl, daß wir das nur mangelhaft gelungen ist (Lebhafter Widerspruch); aber überall habe ich Ihre opferwillige Unterstützung gefunden, und dafür bin ich Ihnen herzlich dankbar. Ich für meine Person, und ich bin Ihrer Zustimmung dafür gewiß, bringe den herzlichsten Dank dar meinen Herren Kollegen im Präsidium, den Herren Schriftführern und Quästoren des Hauses für ihre opferwillige Beihilfe bei allen unseren Verhandlungen. (Beifall.) Meine Herren! Der Wunsch: Allen wohl und Niemand übel! sei mein Abschiedswort.

Staatssecretär v. Böttcher: Ich habe dem Hause eine Allerhöchste Botschaft zu verkündigen. Die Botschaft lautet:

Wir Wilhelm, Deutscher Kaiser, König von Preußen, thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir Unseren Staatssecretär des Innern, Staatsminister v. Böttcher, ermächtigt haben gemäß Art. 12 der Verfassung, die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in Unserem und der verbündeten Regierungen Namen am 24. Mai d. J. zu schließen. Urkundlich u. s. w. Gegeben im Schloß zu Berlin, den 23. Mai 1889.

(gez.) Wilhelm. (gez.) Fürst Bismarck.

Meine geehrten Herren! Sie stehen am Schluß einer besonders arbeitsreichen Sitzungsperiode. Der Reichstag hat unter lebhafter und opferfreudiger Theilnahme seiner Mitglieder ein Gesetzgebungswerk gefördert, welches, so eifrig auch um seine Gestaltung gestritten worden ist, doch in seinem auf die Verbesserung der Nation in seltenem Grade gerichteten Ziele die Zustimmung der Vertreter der Nation in seltenem Grade gefunden hat. Diese Zustimmung giebt eine Gewähr dafür, daß die noch ungehobenen Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes bei der Durchführung desselben zurücktreten und daß alle hieran betheiligten Volkstheile gern und verständlichvoll dazu mitwirken werden, daß der angestrebte Erfolg in möglichst weitem Umfange erreicht werde. (Beifall.) Hierauf ist die vertrauensvolle Hoffnung Sr. Majestät des Kaisers und seiner hohen Verbündeten gerichtet. Indem ich dieser Ausdruck gebe, bin ich glücklich, auf Befehl meines Allergnädigsten Herrn dem Reichstage Allerhöchstdessen Dank und den Dank und die volle Anerkennung der verbündeten Regierungen für seine treue und mühevoll wirkende Ausprägung zu können. (Beifall.) Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen die Sitzungen des Reichstages für geschlossen.

Präsident v. Levetzow: Meine Herren! In dem Gefühle der Sicherheit, welches vollstes Vertrauen und unbegrenzte Verehrung gewährt, richten wir zuguterletzt unsere Blicke empor zu unserem Kaiserthron, uns vereinigend in dem Ruf: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, Wilhelm II., lebe hoch! (Die Mitglieder stimmen begeistert dreimal in diesen Ruf ein.) Schluß 2 Uhr.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.) Zur Reise des Königs von Italien.

* Berlin, 24. Mai. Nach den neuesten Bestimmungen wird König Humbert seinen Aufenthalt in Berlin verlängern und erst am Sonntag Nachmittag seine Rückreise nach Rom antreten. Der König hat heute Nachmittag 3 Uhr die Mitglieder der hiesigen italienischen Colonie empfangen. An der Spitze derselben steht Professor Rossi. Dem Könige ist eine Adresse überreicht worden, welche die Gefühle der Ergebenheit und Anhänglichkeit ausdrückt, welche die hiesigen Italiener ihrem König und ihrem Vaterlande gegenüber hegen. Die Adresse ist auf Pergament gedruckt, die Initialen sind künstlerisch in Handarbeit ausgeführt. Auf der Wappenseite von Pergament zeigt sich das italienische Wappen in seiner neuesten Fassung, darüber das Wort König Victor Emanuel: „In Rom sind wir und bleiben wir.“ Darunter das Wort König Humbert's „Roma intangibile.“ Die Eken sind mit gebuckelten Bronceplatten versehen.

* Berlin, 24. Mai. Crispi, welcher die Einladung zu dem ihm von Reichstagsmitgliedern angebotenen Mahl nur bedingungsweise annahm, hat jetzt die bestimmte Zusage gegeben, daß er morgen Sonnabend Abend 7 Uhr im Kaiserhof erscheinen werde.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 24. Mai. Heute Abend fand bei dem Reichskanzler ein intimes Diner von zwölf Gedecken zu Ehren Crispi's statt. Demselben wohnten bei die Botschafter Graf de Lannay und Graf Solms, die Herren Pisani, Doffi und Mayor als Mitglieder des italienischen auswärtigen Ministeriums, der Secretär des Königs, Palamenglio, Graf Herbert Bismarck, Baron Holstein und zwei Mitglieder des auswärtigen Amtes.

Bern, 24. Mai. Der Bundesrath richtete ein Dankschreiben an den hiesigen italienischen Gesandten für den Beschluß der italienischen Kammer, betreffend die Ausnahme des Königs in der Schweiz. Die Schweiz habe sich glücklich gefühlt, dem Könige Beweise der wahren und aufrichtigen Freundschaft, welche das Land mit Italien verbindet, zu geben; die Kundgebungen, die voll gegenseitiger Herzlichkeit seien, würden dazu beitragen, die vortrefflichen Beziehungen der beiden Nationen noch mehr zu befestigen.

Die Streikbewegung.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.) Vom Strike in Oberschlesien.

* Berlin, 24. Mai. Heute Mittag zwischen 12 und 1 Uhr erschien eine Abordnung schlesischer Bergarbeiter aus dem Deutscher Revier im Reichstage und setzte sich mit dem Oberpräsidenten von Schlesien, Wirtl. Geh. Rath von Seydewitz, in Verbindung. Diese Abordnung unterscheidet sich, wie die Kreuzzeitung betont, von jener aus dem Dortmund Revier dadurch, daß die Schlesier einen größeren Bezirk vertreten und von einer geschlossenen Gruppe von Bergarbeitern gewählt und abgeordnet sind. Sie bilden gleichsam eine freiwillige Abordnung. Trotzdem sind sie mit der Hoffnung gekommen, auch vom Kaiser empfangen zu werden. Das wird sich nicht ohne Schwierigkeiten bewerkstelligen lassen, da die Leute einstweilen kein richtiges Mandat aufweisen können, andererseits aber ihre Wünsche gar nicht formulirt haben. Sie sind zunächst vom Oberpräsidenten aufgefordert worden, ihre Forderungen schriftlich aufzusetzen. Anscheinend zu diesem Zwecke haben sie sich mit dem Abg. Ketscha und dem Amtsgerichtsrath Suradge aus Radzionkau in Oberschlesien in Verbindung gesetzt.

— Zabrze, 24. Mai. Gestern Nachmittag 6 Uhr, kurz nach der Abreise des Fürstbischofs, stritte die Belegschaft der Concordia-Grube auf Donnersmarthütte, sowie diejenige der fischalischen Poremba-Grube in Poremba bei Zabrze; heute Morgen jedoch ist bei Concordia-Grube die Arbeit wieder voll, auf Poremba zum größten Theile wieder aufgenommen worden.

© Königshütte OS., 24. Mai. Mit Ausnahme der Personen, welche bei dem Ausstand wegen Aufwiegelns verhaftet worden, hat die Belegschaft der Gräfin Lauragruhe, welche der Vereinigten Königs- und Lauragruhe gehört und zu den größten Bergwerken Oberschlesiens zählt, heute die Arbeit in vollem Umfange aufgenommen, nachdem den Häuern die Pflicht des „Holztransports“ erlassen worden. Danach wird künftig das zum Kohlenabbau erforderliche Holz nicht mehr, wie bislang, durch die Häuer selbst, sondern durch andere Personen vor Ort, d. h. bis an die Stätte der Verwendung geschafft werden. Der Werth der gewährten Vergünstigung beträgt, in Geld umgerechnet, 20—24 Pf. für den Tag. — Gestern langte hier die Regimentscapelle aus Gleiwitz an. Sonach scheint es, als ob das Militär bei uns noch einige Zeit verbleiben wolle. — Verhaftungen einzelner Personen dauern noch an. Sonst ist Alles ruhig.

o Kattowitz, 24. Mai. Die Streikbewegung der oberschlesischen Kohlenbergarbeiter naht zweifelsohne rasch ihrem Ende. Im Kreise Kattowitz ist auf Ferdinand-, Max-, Myslowitz-, Wildensteinengruhe heute wieder alles bezw. so gut wie alles eingefahren, und da im Brzeziński Revier nach wie vor vollkommene Ordnung herrscht, kann für das östliche Revier der Ausstand als nahezu beendet angesehen werden. Denn auch auf Georggrube bei Rosdzyń wurde bereits gestern wieder voll gearbeitet. Im übrigen hatten auf dieser letztgenannten Grube die Häuer überhaupt die Arbeit nicht eingestellt, von den Schlegelern nie mehr als 75 pCt. — und das nur an einem einzigen Tage. Im centralen Revier feiern nach wie vor Hohenzollern und Heinitz, während auf Karsten-Centrum heute bereits ca. 150 Mann und auf Radzionkaugruhe fast die gesammte Belegschaft wieder einführen. — Im Kreise Zabrze endlich (westliches Revier) wird auf den Rudaer Gruben heute wieder voll gearbeitet, und es sind auch auf Hedwigswunsch der Feiernden weniger geworden. Auf der einen und anderen der übrigen Gruben wurden zwar gestern Abend und heute früh schwache Versuche gemacht, mit Strike anzufangen, indessen ohne Erfolg. — Wie relativ wenig bedeutend im Uebrigen der Gesamtzustand der Kohlenbergarbeiter selbst in den Tagen seiner größten Ausdehnung war, das zeigen nachstehende Zahlen, welche angeben, wie viel Wagen in den letzten 8 Tagen im Bezirk insgesamt gestellt und beladen abgefahren wurden. Näml.: am 17. Mai (an welchem Tage der Ausstand in der Umgegend von Schwientochlowitz anfang) 3498 Wagen, am 18. Mai 3338 Wagen, am 19. Mai (Sonntag) 386 Wagen, am 20. Mai 2771 Wagen, am 21. Mai 2390 Wagen, am 22. Mai 2503 Wagen und am 23. Mai 3146 Wagen. Zum Vergleich sei mitgetheilt, daß in der ersten Hälfte dieses Monats pro Fördertag durchschnittlich 2865 Wagen (gegen 2579 im Vorjahre) und in der zweiten Hälfte des Mai im Vorjahre 2484 Wagen gestellt wurden. — Im Erzrevier geht die Bewegung ebenfalls immer mehr zurück. Die Ruhe im ganzen Bezirk ist nach wie vor nirgends gestört. — Es ist noch zu bemerken, daß auf den fürstlich Pleßischen Gruben (von denen Emanuelsgrube und Martha-Balesta übrigens überhaupt keinen Ausstand hatten) heute wieder voll gearbeitet wird. Von den gestern noch feiernden kleinen Gruben im Kobniker Revier liegen heute Nachrichten noch nicht vor. Auf Eisenförderungen — durchweg kleine Betriebe — sollen neuerdings ebenfalls vereinzelte Arbeitseinstellungen stattgefunden haben.

Der Strike im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier.

* Berlin, 24. Mai. Aus Dortmund, 10 Uhr Vormittags, erfährt die „Nat.-Ztg.“: In der Nacht ist es dem Abg. Dr. Hamma er gelungen, den Ausgleich mit den Arbeiterdeputirten wieder herzustellen. Diesen Nachmittag findet eine Versammlung aller Führer der Streikbewegung in Bochum statt, in der die Arbeiterführer aus Dortmund für den Frieden einzutreten sich verpflichteten.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Essen, 24. Mai. Heute Morgen hat der Strike nicht weiter um sich gegriffen. Auf der Mehrzahl der Zechen des Dortmunder Reviers sind die Bergleute wieder angefahren. Im Essener, Mülheimer und Bochumer Bezirk ist alles angefahren.

Essen, 24. Mai. Heute arbeiteten 74 991 Bergleute im Bochumer Revier. Der Delegirtenrat der Bergarbeiter lehnte mit 69 gegen 48 Stimmen eine Resolution ab, welche die Aufhebung des Strikes empfahl.

Essenkirchen, 24. Mai. Die Belegschaften Rheimelbe, Alma, Dahlbusch, Hibernia, Wilhelmine, Victoria striken seit gestern weiter.

Brag, 24. Mai. Der Tramwaystrike dauert fort. Aus Brüssel traf eine Depesche ein, wonach das Ergebnis der dortigen Verhandlungen im Laufe des Tages der Gesellschaft zugehen werde. Die Streikenden sind ruhig. Nach Meldungen aus Kladno dehnte sich der Strike auf alle Schächte aus, ausgenommen auf die der Staatsbahn, doch trafen auch von dort Meldungen über Anzeichen von Strike ein.

Brag, 24. Mai. Der Statthalter wies die Bezirkshauptmänner an, sich nach dem Kladnoer Strikerrevier zu begeben, die Sachlage zu prüfen, womöglich für gütliche Beilegung des Strikes zu wirken, und für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Im Schächler Revier sind die Arbeiter angefahren, nachdem eine 30procentige Lohnerhöhung zugesichert worden war.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 24. Mai. In Frankfurt a. M. ist in einem Theile der Brauereien heute der Strike ausgebrochen; bei mehreren anderen schweben noch Verhandlungen.

* Berlin, 24. Mai. Wie dem „B. Z.“ aus Fünfkirchen in Ungarn gemeldet wird, soll von der deutschen Botschaft in Wien eine vertrauliche Verständigung dorthin gelangt sein, daß Agitatoren aus preussischen Strikegebieten die Arbeiter der Fünfkirchner Kohlenbergwerke zu Arbeitseinstellungen zu bewegen suchen. Sofort eingeleitete Nachforschungen blieben bisher erfolglos.

!! Wien, 24. Mai. Die strikenden Arbeiter im Kladnoer Revier verlangen außer Lohnerhöhung achtstündige Schicht. Die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft ist geneigt, die Lohnerhöhung zu bewilligen, aber nicht die achtstündige Schicht, indem sie darauf hinweist, daß die Schächte nicht so ungesund seien, als die westfälischen. Die Buchtstiebrader Eisenbahn bezeichnet gegenüber einer Deputation der Arbeiter als erste Bedingung der Unterhandlungen, die Wiederaufnahme der Arbeit. Darauf beschloßen die Arbeiter zu striken, bis die Forderungen erfüllt seien. Der Bürgermeister von Kladno erbat sich vorsichtshalber aus Prag militärischen Beistand.

* Berlin, 24. Mai. Die „Nat.-Ztg.“ ist in der Lage, mit Bestimmtheit mitzutheilen, daß der Kaiser die Stadt Straßburg mit seinem Besuch beehren wird. Nach einer in Straßburger Regierungskreisen verbreiteten Meldung könnte der Kaiser bereits in den Tagen vom 6. bis 7. Juni dort erwartet werden, indem sich die Reise unmittelbar an den Besuch am Darmstädter Hofe anschließen soll. Einigermassen als Bestätigung dieser Nachricht darf man den Umstand ansehen, daß zur Zeit die letzte Hand an die Einrichtung

und Ausstattung des Kaiserpalastes und seiner Anlagen gelegt wird. — Andere Gerüchte, deren Richtigkeit auf sich beruhen mag, wollen wissen, daß der König von Italien auf die Rückreise in Straßburg durchpassiren und einen kurzen Aufenthalt dort nehmen werde.

Aus Kiel, 23. Mai, wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Auf der australischen Station befindet sich gegenwärtig bald eine stärkere deutsche Flottenabtheilung vereinigt, als dort vor dem Verluste des Kreuzers „Adler“ und des Kanonenboots „Eber“ vorhanden war. Die Kreuzercorvette „Sophie“ wird zuerst Apia erreichen; sie hat am 17. d. Mts. Melbourne verlassen. Das Kanonenboot „Wolf“ hatte am 6. d. Mts. Brisbane erreicht, doch ist nichts bekannt, an welchem Tage es die Reise nach den Samoainseln fortgesetzt hat. Die „Alexandrine“ hat am 14. d. Mts. von Uden aus die Reise nach Australien angetreten. Die Kreuzercorvette „Olga“ wird in Sidney einer Reparatur unterworfen und im Herbst in die Heimath zurückkehren. Nach dem Indienststellungsplan der Marine für 1889/90 sollte sich nur ein Kreuzer und ein Kanonenboot auf der australischen Station befinden.

Am 6. Juni findet hier in Berlin eine Sitzung des Landes-eisenbahn-raths statt. Tagesordnung: 1) Bestellung eines ständigen Ausschusses zur Vorbereitung der Verhandlungen des Landes-eisenbahn-raths. 2) Nachweisung der seit dem 3. December 1888 erfolgten Genehmigungen von Ausnahmetarifen.

Die „Freis. Ztg.“ schreibt: Eine kleine Enthüllung über die Art, wie die Berliner Presse auch die ausländische Presse zu beeinflussen suchen, ergiebt sich aus der Veröffentlichung von Briefen des Eigenhümers der „St. James Gazette“ Steinkopf in dem Proceß, welchen der Redacteur dieses Blattes gegen Steinkopf in London führt. Der Redacteur behauptet, daß er entlassen worden sei, weil er nicht auf das Ansuchen habe eingehen wollen, gegen seine Uebersetzung über innere deutsche Angelegenheiten zu schreiben. In den veröffentlichten Briefen berichtet Steinkopf über seine persönlich in Berlin geführten Verhandlungen mit Geheimrath v. Rottenburg, der ihm zugesichert habe, mit ihm in gründlicher Weise zu arbeiten. Vielleicht müssen wir hier einen Mann anstellen, der die Nachrichten in Empfang nimmt und uns weiter übermittelt; aber wie das auch werden möge, jedenfalls bin ich sicher, Nachrichten zu erhalten.

Der Magistrat stimmte einer Verordnung des Polizei-Präsidiums zu, wonach zukünftig auf der Straße vom Verkauf gelangende Extrablätter nur mit dem Namen der Zeitung und Angabe des Preises, nicht aber mit Angabe des Inhalts ausgerufen werden dürfen.

Das Fernsprechnetz Berlins, schon jetzt das erste der Welt, nimmt noch immer weitere Ausdehnung. Die Zahl der Abonnenten wird demnächst 11 000 erreichen, sodaß jeder 140. Bewohner Berlins angeschlossen ist. Von 19 897 bebauten Grundstücken in Berlin sind 6583 bereits an das Fernsprechnetz angeschlossen, also jedes 3. Haus. Mit der Herstellung unterirdischer Straßenleitungen wird in diesem Sommer seitens der Reichstelegraphenverwaltung begonnen, da man bezüglich der oberirdischen fast an den Grenzen der Leistungsfähigkeit angelangt ist.

Am Montag oder Dienstag wird der Prinzregent von Bayern zu einem 14tägigen Aufenthalt nach Wien reisen.

Der Abg. Dr. v. Bennigsen, welcher sich gestern Abend und heut früh in Hannover der Operation eines Halsgeschwürs unterzog, traf heut Nachmittag in Berlin ein, um an der Abstimmung über das Alters- und Invaliditätsgesetz theilzunehmen und dann sofort nach Hannover zurückzukehren.

Ueber den Unfall des Hofjüngers der Kaiserin von Oesterreich wird nunmehr aus Frankfurt gemeldet, daß das Geleite vollständig intact war. Zuerst entgleiste der Packwagen, welcher zugleich der letzte des Zuges war, und wurde 400 Meter weit von Schwellen zu Schwellen springend mitgeschleppt, da die Nothbremse nicht in Ordnung war und der Zugsführer nichts merkte. Endlich riß die Kuppelung zwischen den beiden letzten Wagen und 3 weitere Wagen wurden aus den Schienen gehoben. Auch jetzt merkte der Zugsführer noch nichts, so daß die 3 entgleisten Wagen 75 Meter weit mitgeschleppt wurden. Die Bahntechniker schreiben die Entgleisung der mangelhaften Beschaffenheit des letzten Wagens in Verbindung mit der zu festen Kuppelung zu, ferner der ungleichen Beladung; der wesentlichste Mangel war aber nach Aller Ansicht der, daß die Zugleine nicht functionirte. Als der Kaiser gestern den Bericht über den Unfall aus dem Munde des Erzherzogs Franz Salvator hörte, rief er: „Das hätte schlimmer werden können!“

Nach den soeben veröffentlichten amtlichen Angaben über die Reichs-Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, sowie andere Einnahmen während des Monats April, also des ersten Monats im Etatsjahre 1889/90, sind zur Anschreibung gelangt: an Zöllen 26 244 020 Mark (+ 7 805 662), Tabakssteuer 506 879 (— 732), Zuckermaterialsteuer 7 826 505 Mark (+ 863 585), Verbrauchs-Abgabe von Zucker 3 881 395 Mark, Salzsteuer 2 517 619 Mark (— 55 881), Verbrauchsabgabe an Branntwein 8 874 622 Mark (+ 1 055 254), Branntwein 2 301 007 Mark (+ 160 051), Uebergangsabgabe von Bier 241 775 Mark (+ 29 416), insgesamt 37 151 731 Mark (+ 14 872 731); an Spielkartenstempel 89 070 Mark (— 636), Wechselstempelsteuer 600 017 Mark (+ 47 751), Stempelsteuer für a. Werthpapiere 1 384 677 Mark (+ 901 194), b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 1 311 925 Mark (+ 584 794), c. Loose und Privatlotterien 59 333 Mark (+ 42 331), zu Staatslotterien 591 537 Mark (— 198 178), Post- und Telegraphenverwaltung 17 769 778 Mark (+ 1 923 972), Reichs-Eisenbahnverwaltung 4 105 300 Mark (+ 95 900).

* Berlin, 24. Mai. Dem Hauptlehrer Palm zu Weiskien, Kreis Waldburg, und dem emeritirten Hauptlehrer Lham zu Künern, Kreis Striegau, ist der Adler der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens verliehen worden.

Amtsgerichts-Rath Frißsch zu Breslau ist zum Oberlandesgerichts-Rath daselbst ernannt, Landrichter Przewlofa in Weußen als Amtsrichter, Landrichter Müller in Gleiwitz als Amtsrichter an das Amtsgericht I in Berlin versetzt, Gerichtsaffessor Manasse zum Amtsrichter in Goldberg ernannt worden.

!! Wien, 24. Mai. Die Nachricht der „Germania“, Kalnoth habe auf Anregung Bismarck's dem Vatican die Regelung der römischen Frage mittels eines internationalen Congresses vorgeschlagen, wird kompetentseits als haltlos bezeichnet.

!! Wien, 24. Mai. Der Vorstand der Fruchtbörse dürfte morgen beschließen, den Saatenmarkt in Wien abzuhalten, und zugleich die Erwartung aussprechen, die Regierung werde die Besucher des Saatenmarktes vor jeder durch antisemitische Hezer veranlaßten Belästigung schützen.

k. London, 24. Mai. In der ganzen Präsidentschaft Madras herrschen Hungersnoth und Cholera. 15 000 Menschen werden durch Nothbauten beschäftigt.

1. Petersburg, 24. Mai. Auf der Linie Moskau-Taroslaw entgleiste ein Güterzug; neun beladene Wagen wurden zertrümmert, der Rest stark beschädigt; ein Schaffner ist schwer verwundet. Der Schaden ist bedeutend.

*) Wiederholt, weil nur in einem Theil der Auflage.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Bern, 24. Mai. In der morgigen unter dem Präsidium des Vorstehers des Departements des Auswärtigen stattfindenden Versammlung der Delegirten der Cantonsregierungen von Waadt, Wallis, Genf, Neuchâtel und Freiburg wird namentlich der Zeitpunkt der schweizerisch-italienischen Simplon-Conferenz vereinbart. Letztere wird voraussichtlich Anfangs Juni einberufen.

Rom, 24. Mai. Der Papsi hielt im heutigen Consistorium eine Allocution in sehr heftigem Tone. Es ist ungewiß, ob dieselbe veröffentlicht werden wird. Während der Papsi sich bitter über die Hal-

tung der italienischen Regierung beklagte, gab er seiner Befriedigung über die Kundgebungen der Katholikencongresse Ausdruck.

Paris, 24. Mai. Kammer. Der Justizminister beantwortete die Interpellation Millerands betreffs der gerichtlichen Verhandlung wegen wucherischen Ankaufs von Kupfer, und legte den augenblicklichen Stand der betreffenden Untersuchung gegen das „Comptoir d'Escompte“ und die „Société des Métaux“ dar, die Administratoren beider Gesellschaften seien in Untersuchung, und es sei ungewiß, welchen Ausgang die Angelegenheit nehmen werde. Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf ohne Rücksicht auf irgend Jemand. Millerand nahm die Erklärung zur Kenntnis.

Paris, 24. Mai. Der Justizminister erklärte auf eine Anfrage Lams über die Zuckerhauffe, dieselbe sei hervorgerufen durch die geringe Ernte, die vorherzusehen gewesen sei, jedoch sei die Hauffe nicht das Ergebnis einer Coalition. Die Kammer berieth darauf einen Antrag über die Delegirten der Bergarbeiter.

Paris, 24. Mai. In der Gruppe der radicalen Linken hielt Floquet, welcher den Vorschlag führte, eine Rede, worin er betonte, die radicale Linke sei die wahre Partei der Regierung. Er schloß, die Republikaner werden nicht über der Langsamkeit des Fortschrittes verzeiweln, sie werden nicht einen von der Vorbehung bestimmtem Protector suchen gehen, um das sociale Glück eilig zu schaffen. Die radicale Linke beschloß, die Rede drucken und vertheilen zu lassen.

Madrid, 24. Mai. Sagasta ist aus Aranjuez zurückgekehrt; die Königin-Regentin hat demselben wiederholt ihr Vertrauen ausgedrückt. Sagasta bringt ein Decret, durch welches die Session der Kammer geschlossen wird. Die gestrige Sitzung der Kammer war noch stürmischer als die vorhergehende.

London, 24. Mai. Heut Nachmittag wurden in Mansion-House dem Capitän Murrel anlässlich der Errettung der Passagiere und der Mannschaft des „Danmark“ Ehrengeschenke, sowie Geldgeschenke für die Offiziere und Mannschaften des „Missouri“ durch den Lordmayor überreicht. Vom Fürsten Bismarck gelangte folgendes Schreiben an Murrel zur Verlesung: „Die Errettung der Passagiere und der Mannschaft des „Danmark“ ist Ihrem edlen Entschlusse zuzuschreiben, ein in Gefahr befindliches Schiff mit Gefahr der eigenen Interessen zu retten, sowie der muthigen und geschickten Art, auf welche derselbe ausgeführt wurde. Gestatten Sie mir, Ihnen meine Glückwünsche darzubringen zu der allgemeinen Anerkennung, welche Ihr tapferes Benehmen seitens der öffentlichen Meinung aller zur See fahrenden Nationen gefunden hat. Möge Ihr Beispiel Andere zur Nachahmung anspornen. Bismarck.“

New-York, 24. Mai. Dem „Newyorker Herald“ wird aus Washington gemeldet: Die Kriegsschiffe „Boston“ und „Dixie“ gehen demnächst mit drei Commissaren nach Haiti, um Erhebungen über die Natur des Aufstandes anzustellen und ihren Einfluß zur Wiederherstellung des Friedens geltend zu machen. Die Commissare sollen ferner versuchen, Kohlendepots am Cap Haiti und San Domingo zu erwerben.

Locale Nachrichten.

Breslau, 24. Mai.

—d. Der Bezirksverein der inneren Stadt feierte am 22. Mai c. unter einer Theilnahme von circa 500 Personen sein diesjähriges erstes Sommerfest in Wilhelmshafen. Der erste um 1 1/2 Uhr abgehende Dampfer hatte die Sächsische Musikcapelle an Bord. Im Laufe des Nachmittags wurden die Festtheilnehmer mit verschiedenen Spielen unterhalten, die Damen durch eine aus 60 Gewinnen bestehende Verlosung, sowie auch Herren und Kinder mit Geschenken überrascht. Mit einer Gartenpolonaise und dem erwünschten Tänzchen endete das gelungene Fest. Erst gegen 12 Uhr Nachts kehrten die meisten Festtheilnehmer nach der Stadt zurück.

Freischießen. Bei dem am 20. Mai cr. begonnenen großen Freischießen, welches Donnerstag, den 23. Mai cr., Nachmittags 5 Uhr. beendet wurde, betheiligten sich Schützen und Schießfreunde aus Breslau, Friedland, Heindorf, Kunzendorf am Queis, Liegnitz, Lubwigsdorf bei Neurode, Mildeneichen und Reichenberg in Böhmen. An dem vier Tage andauernden Stichtschießen kamen 639 Mark zur Vertheilung, wobei als die drei besten Schützen von Aspe-Breslau mit 42 Mark Prämie, Hübner-Neurode mit 39 Mark und Feldmann-Mildeneichen mit 37 Mark Prämie hervorgingen. An dem nur zwei Tage andauernden Lager-schießen kamen 345 Mark zur Vertheilung, wobei als die drei besten Schützen Hübner-Neurode mit 58 Zirkeln und 23 Mark Prämie, Bocke-Breslau mit 57 Zirkeln und 21 Mark Prämie, und von Aspe-Breslau mit 56 Zirkeln und 20 Mark Prämie preisgekrönt wurden. — In dem drei Tage andauernden Freihand-Schießen lagen sich die besten Schützen Liegnitz mit 57 Zirkeln und 15 Mark Prämie, Eisenbahn-Bauunternehmer Schneider mit 54 Zirkeln und 14 Mark Prämie, und Foitzig-Liegnitz mit 53 Zirkeln und 13 Mark Prämie hervorgingen. — Im Ganzen wurden 1537 Mark Lagengeld ausgezahlt, wovon 307 Mark an Unkosten abgezogen wurden, so daß also 1221 Mark zur Vertheilung kommen konnten.

—d. Von den städtischen Volksbibliotheken. Im verfloffenen Etatsjahre 1888/89 haben die 3 städtischen Volksbibliothek 31 236 Bücher an 1757 Leser ausgeliehen (gegen das Vorjahr mehr 180 Leser und 1801 entlehnte Bücher). Die Zahl der ausgeliehenen Bücher vertheilt sich auf die Volksbibliothek I mit 8360, auf die Volksbibliothek II mit 11 637 und auf die Volksbibliothek III mit 11 239 Büchern. Vermehrt wurden die 3 Volksbibliotheken im Ganzen um 101 Werke in 149 Bänden und zwar die Volksbibliothek I um 38 Werke in 60 Bänden, die Volksbibliothek II um 26 Werke in 40 Bänden und die Volksbibliothek III um 37 Werke in 46 Bänden.

Breslauer Kindergarten-Verein. Der Vorstand des genannten Vereins versendet soeben den Bericht über die Jahre 1887/89. In demselben heißt es: Der Vorstand ist bemüht gewesen, den inneren Ausbau der Anstalten bestens zu fördern, trotzdem mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen war, um die immer höher steigenden Gesuche um Freistellen 12 Kindergärten zu beschaffen und die gehäuftesten Gesuche um Freistellen oder Ermäßigung des Honorars bei Aufnahme in dieselben, sowie in das Kindergärtnerinnen-Seminar und die Bildungsanstalt für Kinderpfliegerinnen zu genähern. Der Vorstand dankt den Behörden für die gewährte Subvention, sowie dafür, daß sie stets eingehende Kenntniss von den Vereinsanstalten genommen haben; diesem Interesse verdankte der Vorstand ein besonderes Schreiben der städtischen Schuldeputation, in welchem deren Anerkennung für die Vereinsarbeiten ausgesprochen wurde. Der Verein unterhält 12 Kindergärten und den Jubiläumskindergarten. In diesen 13 Kindergärten betrug die Zahl der Kinder am 1. April 1888 bis 1. April 1889: 843; hiervon waren 384 Knaben und 459 Mädchen. Das Kindergärtnerinnen-Seminar wurde Oitern 1888/89 von 23 Schülerinnen besucht, die Bildungsanstalt für Kinderpfliegerinnen von 9 Schülerinnen, Oitern 1889 sind 21 Schülerinnen eingetreten. Der Vorstand besteht aus: Stadt-Syndicus Goeß (Vorsteher), Landgerichtsrath Dr. Weil (Stellvertreter des Vorstehenden), Frau Dr. Jenny Aich (Schriftführerin), Frau Affessor Luise Epstein (Stellvertreterin der Schriftführerin), Frau Pauline Sturm, (Kassenerwählerin), Stadtrath Beblo (Kassenverwalter), Frä. Flora Kemmer (Materialienverwalterin), Frau Prof. Auerbach, Stadtrath Bülow, Stadtrath Frey, Frau Hennig, Frau Director Kremsh, Stadtschulinspector Dr. Kriebel, Frau Laßwitz, Professor Mezger, Oberlehrer Sudow und Frau Stadtbauinspector Jabel.

+ Entsprungen ist am 11. Mai cr. die 65 Jahre alte geisteskranke Louise Liebenhenschel aus Dyhernfurth vom Krankenhaus der Hedwigsanstalt bei Wahren. Die Erwähnte hat graue Haare, blaßes Gesicht und war bei ihrer Entweichung mit brauner Jacke, Kesselfrock und dunklem Kopftuch bekleidet.

+ Vermißt wird seit dem 21. Mai cr. der 12 Jahre alte Schulfknabe Reinhold Fey, bisher Laurentiusstraße Nr. 18 wohnhaft. Der Genannte hat blonde Haare und war mit hellgelbem Anzug und Strohmütze bekleidet

Paris, 24. Mai. 3% Rente 87, 37. Neueste Anleihe 1878 105, 07. Italiener 97, 90. Staatsbahn 515, —. Lombarden —, —. Egypter 468, 68. Träge.

Paris, 24. Mai, Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Ruhig.
Cours vom 23. 24. Cours vom 23. 24.
3proc. Rente... 87 35/8 89 42 16 95 16 90
Neue Anl. v. 1886... — — — — — — — —
5proc. Anl. v. 1872... 105 05 105 05
Italien. 5proc. Rente... 97 97 97 85
Oesterr. St.-E.-A... 516 25 518 75
Lombard. Eisenb.-A... 262 50 267 50
Compt. d'Escompte... 82 — 88 —
London, 24. Mai. Consols 99, 03. 1873er Russen 103, 12
Egypter 92, 37. Prachtvoll.

London, 24. Mai, Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platz-discount 1 3/8 pCt. Bankeinzahlung — Pfd. Sterl. — Ruhig.
Cours vom 23. 24. Cours vom 23. 24.
Consolsp. 2 3/4 März... 99 03 99 1/8
Preussische Consols... 106 — 106 —
Ital. 5proc. Rente... 97 3/8 97 1/8
Lombarden... 10 3/8 10 1/2
5proc. Russen de 1873... 103 — 103 —
Silber... — — — —
Türk. Anl. convert... 167 3/8 163 3/4
Unificirte Egypter... 92 3/8 92 1/4
Silberrente... 74 — 74 1/2
Ungar. Goldr... 88 — 88 —
Berlin... 20 58 — —
Hamburg... 20 58 — —
Frankfurt a. M... 20 58 — —
Wien... 11 91 — —
Paris... 25 39 — —
Petersburg... 25 01 — —

Frankfurt a. M., 24. Mai, Mittags. Credit-Actien 264, 50. Staatsbahn 205, 37. Lombarden —, —. Galizier —, —. Ungarische Goldrente 88, 10. Egypter 94, —. Laura —, —. Schwach.

Köln, 24. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per Mai —, —, per Juli 18, 85. — Roggen loco —, per Mai —, —, per Juli 14, 15. — Rüböl loco —, per Mai 58, — Br., per October 54, 80. — Hafer loco 14, 50.

Paris, 24. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Mai 22, 80, per Juni 22, 80, per Juli-August 23, —, per September-December 22, 60. — Mehl ruhig, per Mai 52, 40, per Juni 52, 60, per Juli-August 52, 80, per Septbr.-Decbr. 51, 90. — Rüböl behauptet, per Mai 56, —, per Juni 56, 25, per Juli-August 57, —, per September-December 57, 50. — Spiritus ruhig, per Mai 42, —, per Juni 42, 25, per Juli-August 42, 50, per Septbr.-Decbr. 42, 25. — Wetter: Heiss.

London, 24. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen, Mehl geschäftslos, zu Gunsten der Käufer. Mais fest. Hafer, Gerste träge. Fremde Zufuhren: Weizen 52 090, Gerste 4170, Hafer 49 320. Wetter: Schwül.

Liverpool, 24. Mai. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig.

Wien, 24. Mai, Abends 5 Uhr 20 Min. Oesterr. Credit-Actien 307, 75. Staatsbahn —. 4% ungarische Goldrente 102, 20. Lombarden —. Länderbank —, —. Still.

Frankfurt a. M., 24. Mai, Abends 7 Uhr 10 Minuten. Credit-Actien 265, 12. Staatsbahn 207, —. Lombarden 96 3/4. Ung. Goldrente 88, 10. Egypter 94, 05. Mainzer 128, 50. Türkenloose 22, 95. Still.

Marktberichte.
F. E. Colonialwaarenmarkt. Breslau, 24. Mai. [Wochenbericht.] In der gegenwärtig abgelaufenen Woche war der Geschäftsgang in einigen zur Waarenbranche gehörenden Artikeln wiederum recht angenehm belebt und hatte die für dieselben hervorgetretene Frage wiederholt stärkere Ausdehnung genommen. In erster Reihe fanden auf dem Zuckermarkt sämtliche gemahlene Zucker zu voller Vorwochennotiz recht gute Beachtung, Brodzucker begegnete ebenfalls einigermassen stärkerer Bedarfsfrage, und in Bruchzucker wie farbigen Farinen war das Angebot der Frage gleichgekommen. Der Kaffeehandel bewegte sich lediglich in den Grenzen momentanen Bedarfes, entsprechend den auswärtigen Notierungen sind auch am hiesigen Platze die Preise für sämtliche Marken stramm behauptet geblieben und zumeist bessere Santos umgesetzt worden. Von Fischwaaren sind Heringe wie immer zur jetzigen Zeit schwach umgegangen, aber bei nur mässigem Angebot preisfest geblieben und Sardellen, loco sehr knapp, stark gesucht gewesen und haben zu selten hohem Preise leicht Nehmer gefunden. Von Gewürzen ist Pfeffer auf Lieferung billiger als in der Vorwoche angeboten worden, loco aber im Preise ziemlich behauptet geblieben und bedarfsmässig gehandelt worden. Fett hatte sich bei ruhiger Bedarfsfrage auf vorwöchentlichem Preisstande gehalten. Von Petroleum ist sowohl amerikanisches wie kaukasisches auf Herbst- und Winterlieferung stärker gesucht gewesen als sich Abgeber finden liessen, und beide Marken konnten sehr wesentlich höhere Notiz als im Vorjahre erzielen.

Bradford, 23. Mai. Wolle fest, Garne und Stoffe belebt.

Schiffahrtsnachrichten.
• **Oderschiffahrt.** [Rheder: Stehr & Schartmann.] Eingetroffen den 24. c.: Dampfer „Marschall Vorwärts“ mit 10 Fahrzeugen von Saathen und Brieskow, beladen mit Tabak, Schwefel, Kaffee, Pfeffer, Thran, Erdnusskuchen, Kipse etc.

Bom Standesamte. 24. Mai.
Aufgebote.

Standesamt I. **Beier**, Anton, Kupfergießereibesitzer, f., Steinhof, Wagner, Johanna, f., Böttcherstr. 22. — **Nichter**, August, Fleischer, f., Hirschstr. 61, Kurjane, Marie, ev., Brigittenhal 5. — **Borauke**, Joh., Schlosser, f., Matthiasstraße 36a, Mücke, Emilie, ev., ebenda. — **Sechl**, Emil, Kgl. Hofschauspieler, i., Caffel, Peterseim, Clara, ev., Weidenstr. 14.
Standesamt II. **Schneider**, Wilhelm, Hüfweihensteller, f., Neue Laurentienstr. 35b, **Glaske**, Joh. L., Ledlitz. — **Schwarz**, Paul, Postunterbeamter, ev., Alfenstr. 5, **Wende**, Emma, ev., D.-Lissa. — **Heinrich**, Traugott, Kutscher, ev., Nudelsdorf, **Stricker**, Emma, ev., Lenzw. 27.

Sterbefälle.
Standesamt I. **Schmidt**, Josef, Arbeiter, 47 J. — **Bösch**, Lucie, f. v. Steuerhebers Carl, 3 J. — **Wittner**, Anna, 41 J. — **Soba**, Louise, f. v. Monteurs Albert, 8 M. — **Wiczorkowski**, Rud., Maler, 42 J. — **Köllner**, Olga, f. v. Fischlers Paul, 6 J. — **Gebhard**, Walter, S. v. Bäckermeisters Balbun, 3 M. — **Sartmann**, Herbert, S. v. Buchdruckers Mar, 1 J. — **Apfeld**, Hugo, Ober-Realschüler, 15 J. — **Gleisberg**, Carl, Haushälter, 49 J. — **Noth**, Carl, Maurer, 49 J. — **Bräuer**, Friedrich, Wilhelm, Kassenbediener, 38 J.
Standesamt II. **Grundke**, Fritz, S. v. Schlossers August, 1 J. — **Nieland**, Mathilde, geb. Wittner, verw. Fischlerstr. 74 J. — **Maschn**, Peter, Arbeiter, 41 J. — **Boas**, Friederike, geb. Würckheim, verw. Kaufmann, 62 J. — **Elsner**, Margarethe, f. v. Staatsanwaltsch.-Assist. a. D. Hermann, 2 J. — **Anders**, Curt, S. v. Bahnwärters Eugen, 5 M. — **Fichtner**, Heinrich, Wildhändler, 29 J.

Sterbekassen-Verein der Communal-Beamten der Stadt Breslau.

Im Verfolg der Bestimmung § 22 des Statuts werden sämtliche Mitglieder zu einer außerordentlichen General-Versammlung auf **Mittwoch, den 5. Juni cr., Nachmittags 6 Uhr,** in den großen Sitzungssaal der Stadtverordneten-Versammlung hiermit zusammenberufen.
Gegenstand:
Abänderung des § 9 des Vereins-Statuts beufuß Erhöhung der Beiträge für die Hinterbliebenen verstorbenen Vereins-Mitglieder.
Breslau, den 16. Mai 1889.
Der Vereins-Vorstand.

Statt besonderer Meldung.
Durch die Geburt eines starken Jungen wurden hoch erfreut [7946]
Albert Wagner und Frau **Jenny**, geb. **Jubach**.
Breslau, den 24. Mai 1889.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Theilnahme bei dem Tode und der Beerdigung unseres lieben unvergesslichen Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Particuliers
Gustav Juncker,
sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Geschmackvollste Auswahl
von
wollenen Kleiderstoffen
zu allerbilligsten Preisen. [6079]
Hugo Cohn, Schweidnitzerstr. 50, Ecke Junckersstraße.

Nach langen, schweren Leiden verschied hent sanft unsere innigstgeliebte, theuere Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Friederike Boas, geb. **Würckheim**,
im 62. Lebensjahre.
Schmerzerfüllt zeigen dies allen Verwandten und Bekannten an
Die tiefbetrübteten Hinterbliebenen.
Breslau, den 23. Mai 1889. [7937]
Beerdigung: Sonntag, den 26. Mai, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Schillerstr. 27.

Danksagung.
Für die so überaus zahlreichen Beweise herzlicher Theilnahme, die uns beim Hinscheiden unserer unvergesslichen Gattin und Mutter, der
Frau Lina Galewsky,
geb. **Juliusberg**,
zu Theil geworden sind, sagen wir auf diesem Wege unsern tiefgefühltesten Dank. [7942]
Breslau, den 24. Mai 1889.
Die trauernden Hinterbliebenen.

H. Scholtz,
Buchhandlung, Breslau, Stadttheater.
Bücher-Leih-Institut für neueste Literatur.
Journal-Lesezirkel von 74 Zeitschriften.
Grosses und gewähltes Lager aus allen Wissenschaften, besonders reichhaltig die besseren Erscheinungen der deutschen, englischen und französischen Belletristik vertreten.
Depôt der Generalstabskarten und Messtischblätter für Schlesien und Posen.
Ansichtsendungen werden auf Wunsch in sorgfältigster Auswahl vollzogen.
Abonnements auf alle Journale, sowie in Lieferungen erscheinende Werke vermittele ich promptest.
Mein Lager-Katalog mit besonderer Berücksichtigung von Land- und Forstwissenschaft, sowie Prospekte über meine Leih-Institute gratis und franco.
Fernsprech-Anschluss No. 690.

Nach langen, schweren Leiden verschied am 23. d. Mts. unsere innigstgeliebte Mutter, Schwieger- und Grossmutter
Frau Mathilde Nieland.
Um stille Theilnahme bitten [7929]
Die trauernden Hinterlassenen.
Breslau und Plauen i. V., 24. Mai 1889.
Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Bernhardin-Kirchhofes in Rothkretscham aus statt.

Breslauer Mosaik-Platten-Fabrik
Max Breier
Bartschstrasse 15.

Bazar H. Katz
Schmiedebrücke 64/65.
Damen- u. Kinder-Strick-Güte
neueste Formen in sehr reichhaltiger Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen.

Universal-Apparat,
System Anton Ad. Werner.
Zur Vermeidung der Mücken u. Fliegen, [6239] als auch zur Desinfection aller mit schlechter Luft angefüllten Räume. !! Gezüglich geschützt!!
Heinr. Graumann,
Schweidnitzerstraße 6, Ecke Königsstraße.

Verlag von **Eduard Trewendt** in Breslau.
Soeben erschien:
Neue Heilmittel für Nerven
von **J. N. von Nussbaum**,
Dr. der Medizin, Geheimrath und General-Stabsarzt, ord. Professor an der Universität München.
Ein populär-wissenschaftlicher Vortrag gehalten am 15. Februar 1888 in München.
Sechste Auflage.
Preis 60 Pf.
Borrätzig in allen Buchhandlungen.

Unsere Gemeinde hat durch den Tod des Herrn
H. Kuznitsky
einen ungemein schmerzlichen Verlust zu beklagen. Derselbe war mit geringer Unterbrechung durch eine lange Reihe von Jahren in der Verwaltung thätig und hat sich durch Uneigennützigkeit und umsichtige Verwaltung ein bleibendes, ehrendes Andenken gesichert. [6226]
Myslowitz OS., den 23. Mai 1889.
Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.
Simon Freund.

Eine große Fabrik hat mir den Verkauf ihrer
Trikot-Kleider,
passend für Kinderkleider, Knaben-Anzüge, Taillen, Blousen etc., übertragen. Schnittmuster sieben zur Verfügung. [5210]
Breit. Vermietungs-Comptoir, Taschenstraße 31.

Meine selbstgefertigten, dem Zwecke vollkommen entsprechenden
Umstands-Corsets
mit elastischer Leibbinde etc., ärztlich vielfach begutachtet und bestens empfohlen, halte ich vorrätzig und fertige nach Maass in bekannt exactester Ausführung. [6228]
A. Franz, Carlsstr. 8, Dorotheenstr.

Durch das plötzliche Ableben unseres langjährigen Vorstandsmitgliedes Herrn
H. Kuznitsky
hat der unterzeichnete Verein ein selten eifriges und thätiges Mitglied verloren, das mit grösstem Eifer und Gewissenhaftigkeit dessen Interessen stets warm wahrgenommen. Sein Andenken wird im Verein nicht erlöschen. [6227]
Myslowitz OS., den 23. Mai 1889.
Der Vorstand des Wohlthätigkeits-Vereins.
Siegfried Freund.

Herren- und Damen-Pelz-Gegenstände,
wie auch Wollfachen (wenn dieselben auch nicht bei mir gekauft sind) werden zum Aufbewahren unter Garantie gegen Feuer- und Mottenschaden gegen geringe Vergütung angenommen. [034]
Gleichzeitig ersuche ich, des späteren großen Andranges wegen, **Reparaturen und Modernisierungen** aller Pelz-Gegenstände rechtzeitig aufzugeben. Die Conservirungs-Gegenstände werden auf Wunsch durch mein Personal abgeholt.
M. Boden, Kürschnermeister.
Nur Ring Nr. 38, Nur Ring Nr. 38.

Verlangen Sie andrücklich:
Schuppenpomade sämmtliche Schuppen u. Flechten der Kopfhaut und verhindern das Ausfallen der Haare gänzlich. [0231]
Grüne Haare erhalten ihre frühere Farbe wieder bei Anwendung von **Haarbalsam u. Tannin-Pomade.**
Franz Kuhn, Nürnberg. Hier bei **Ed. Gross**, Neumarkt 42.
HAMBURG-AMERIKANISCHE PACKETFAHRT-ACTIEN-GESELLSCHAFT.
Directe deutsche Postdampfschiffahrt
von **Hamburg** nach **Newyork** jeden Mittwoch und Sonntag,
von **Havre** nach **Newyork** jeden Dienstag,
von **Stettin** nach **Newyork** alle 14 Tage,
von **Hamburg** nach **Westindien** monatlich 4 mal,
von **Hamburg** nach **Mexico** monatlich 1 mal.
Die Post-Dampfschiffe der Gesellschaft bieten bei ausgezeichnetster Verpflegung, vorzügliche Reisegelegenheit sowohl für Oajüte- wie Zwischen-decks-Passagiere.
Nähere Auskunft ertheilt: **Jul. Sachs**, Breslau, Graupenstr. 9; **Willh. Mahler**, Berlin N., Invalidenstr. 121; **Moritz Schaps jun.**, Kempen.

Heute früh starb nach kurzem Krankenlager unser innigstgeliebter Sohn, Bruder, Enkel und Neffe
Hugo,
Schüler der Königlichen Oberrealschule zu Breslau, im Alter von nahezu 16 Jahren.
Um stille Theilnahme bitten
Joh. Apfeld und Frau
im Namen der Hinterbliebenen.
Neisse, den 24. Mai 1889. [2718]

